

*Zur Lage der **Union** 2025*



Unser Versprechen umsetzen Erstes Amtsjahr

Kommission von der Leyen
2024-2029



Inhalt

Einleitung: Europas Entscheidung 3

Eine wettbewerbsfähige und prosperierende Union 6

Die Innovationslücke schließen – Europa als erste Wahl für Wissenschaft, Wirtschaft und Innovation	8
Ein gemeinsamer Plan für Dekarbonisierung und Wettbewerbsfähigkeit	14
Das Wirtschaften in Europa leichter machen	19
Wachstumsmöglichkeiten in Europa finanzieren	22
Die Handlungskompetenz der Menschen stärken und unser Sozialmodell festigen	25

Eine sichere Union, die sich selbst verteidigen kann 30

Eine neue Ära für Europas Verteidigung: Bereitschaft 2030	32
Einstehen für eine freie und souveräne Ukraine	35
Ein vereintes Europa	39
Eine gut vorbereitete und krisenfeste Union	41
Ein sicheres Europa	47

Ein verlässlicher globaler Partner 51

Eine neue Ära der Partnerschaften und Handelsvereinbarungen	52
Einsatz für Frieden im Nahen Osten und Wohlstand im Mittelmeerraum	56
Ein Akteur für Frieden und Solidarität in der Welt	57
Vorreiter der globalen Zusammenarbeit	60

Ein demokratisches Europa mit einem zukunftsfähigen Haushalt 63

Einleitung: Europas Entscheidung

Vom 6. bis zum 9. Juni 2024 gaben fast 200 Millionen Europäerinnen und Europäer in 27 Ländern ihre Stimme ab, um ihre Vertreterinnen und Vertreter im Europäischen Parlament zu wählen. Es war der Moment für **Europas Entscheidung**.

Die Wahlbeteiligung war so hoch wie seit 20 Jahren nicht mehr. Das zeigt, wie wichtig unsere Union den Europäerinnen und Europäern ist. Sie erwarten, dass sie die bevorstehenden Herausforderungen bewältigt. Genau das ist die Aufgabe der neuen Kommission – die Erwartungen und Hoffnungen unserer Bürgerinnen und Bürger zu erfüllen.

Die Welt um uns herum ist konfliktträchtiger und kompetitiver als in den letzten Jahrzehnten. Die Ereignisse seit Jahresbeginn unterstreichen eine neue geopolitische Realität: Der Wettstreit zwischen den Großmächten ist zurück. Die Sicherheitsarchitektur, auf die sich Europa seit dem Ende des Kalten Krieges stützen konnte, kann nicht mehr als selbstverständlich angesehen werden.

Auch **der wirtschaftliche Wettbewerb ist um einiges härter geworden und er ist untrennbar mit Sicherheitsfragen verbunden.** Ein Beispiel hierfür ist die Bewältigung der Energiekrise infolge der groß angelegten Invasion der Ukraine durch Russland. Aber wir sehen dies heute auch in den transaktionalen Machtspielen bei kritischen Lieferketten und Handelsbeziehungen. Das hat direkte Folgen

für die europäischen Unternehmen. Sie fordern Schutz vor unlauterem Wettbewerb und günstige Rahmenbedingungen für Unternehmen in Europa. Europa unternimmt große Anstrengungen, um seine Position als wettbewerbsfähiger Kontinent für traditionelle Industriezweige zu stärken und um für Pioniere in den Bereichen saubere Technologien und künstliche Intelligenz (KI) noch attraktiver zu werden. Die Menschen in der gesamten Union wünschen sich Maßnahmen in Bezug auf **Inflation, Lebenshaltungskosten, Energiepreise, die Wohnungskrise** und die zunehmenden Auswirkungen **extremer Wetterereignisse**.

Dies sind die wichtigsten Herausforderungen, mit denen sich die neue Kommission von der Leyen seit dem Beginn ihres Mandats am 1. Dezember 2024 auseinandersetzt. Wir setzen uns gemäß den **politischen Leitlinien von Präsidentin von der Leyen für 2024-2029** für ein starkes und wettbewerbsfähiges Europa ein.



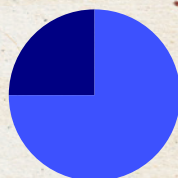
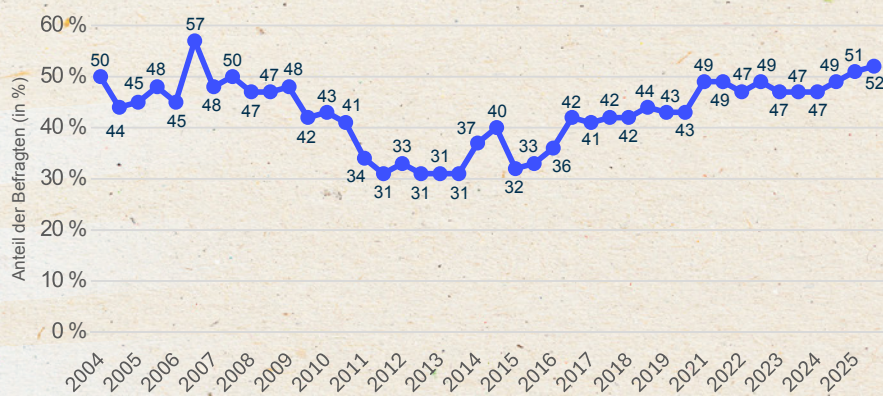
Der Eurobarometer-Umfrage zufolge bringen die Europäerinnen und Europäer, insbesondere junge Menschen, der EU und der Kommission mit 52 % das höchste Vertrauen seit 18 Jahren entgegen. Drei Viertel der Befragten (75 %) geben

an, dass sie sich als Bürgerinnen und Bürger der EU fühlen – das ist der höchste Stand seit mehr als zwei Jahrzehnten –, und für fast sieben von zehn Befragten (69 %) ist die EU ein Ort der Stabilität in einer krisengeschüttelten Welt.



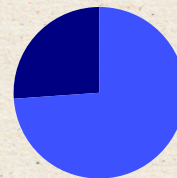
Vertrauen in die Europäische Union erreicht **höchsten Stand** seit 18 Jahren

Wie hoch ist das Vertrauen in die Europäische Union?



75 %

Drei Viertel der Befragten (75 %) **sehen sich als EU-Bürgerinnen und -Bürger** – das ist der höchste Wert seit über zwei Jahrzehnten.



74 %

Die Eurobarometer-Umfrage verzeichnete die **bislang höchste Unterstützung für die einheitliche Währung**, sowohl in der EU insgesamt (74 %) als auch im Euro-Währungsgebiet (83 %).

Quelle: Standard-Eurobarometer Nr. 103

In einem zunehmend instabilen globalen Umfeld beginnt Europas Arbeit, eine Führungsrolle in der Wirtschaft von morgen einzunehmen, in erster Linie zu Hause. Wir haben einen **Kompass für Wettbewerbsfähigkeit** vorgelegt, der auf eine moderne, dekarbonisierte Wirtschaft ausgerichtet ist. Wir hören den Unternehmen zu. Wir sind dabei, **die Regeln einfacher zu machen, damit es für die Betriebe leichter wird, in der EU zu wirtschaften**. Dabei halten wir an unseren sozialen und klimapolitischen Zielen fest. Wir ermutigen Forschende, Unternehmen und Innovatoren aus aller Welt, **sich für Europa zu entscheiden** und Europas Wachstum anzutreiben. Wir haben Maßnahmen ergriffen, um **Unabhängigkeit bei der Energieversorgung und die Bezahlbarkeit von Energie sicherzustellen**. Wir **diversifizieren unsere Handelspartnerschaften und verringern übermäßige Abhängigkeiten**. Wir investieren in Ausbildung und Qualifikation, in Wohnraum und in die soziale Säule unserer sozialen Marktwirtschaft. Und wir arbeiten daran, **die Zukunft unserer Wirtschaft und unserer Industrie zu sichern** – zum Beispiel in den Bereichen Technologie, KI, Landwirtschaft, Automobilindustrie, Pharmaindustrie und anderen mehr.

Wir haben konkrete Schritte unternommen, um ungesunde Abhängigkeiten zu verringern und die Unabhängigkeit Europas zu stärken. Wir haben **unser Netz zuverlässiger Partner ausgebaut** und Europa zu einem Stabilitätsanker in der Welt gemacht. Partner auf der ganzen Welt – vom Vereinigten Königreich bis Indien und von Südostasien bis Südamerika – wenden sich der EU als einem **berechenbaren, verlässlichen und fairen Partner** zu, mit dem es sich lohnt, Wirtschaftsbeziehungen zu unterhalten.

Eine wesentliche Voraussetzung für Wohlstand ist jedoch, dass auf unserem Kontinent Frieden und Sicherheit herrschen. Europa hat erkannt, dass **es mehr**

Verantwortung für seine eigene Verteidigung übernehmen muss. Dafür haben wir den Plan „**Bereitschaft 2030**“ vorgeschlagen, der dazu beitragen soll, dass die nationalen Verteidigungsausgaben erhöht und unsere Lücken bei den militärischen Fähigkeiten geschlossen werden. Darüber hinaus stehen wir den Ukrainerinnen und Ukrainern angesichts des russischen Angriffskriegs weiterhin fest zur Seite und leisten politische, finanzielle und militärische Unterstützung. Denn **nur ein gerechter und dauerhafter Frieden in der Ukraine kann die Sicherheit Europas garantieren.**

Die Welt verändert sich, und wir müssen es auch. Deshalb haben wir einen **modernen langfristigen Haushaltsrahmen** für den Zyklus ab 2028 vorgeschlagen. **Er wird ambitionierter und flexibler sein**, damit wir auf neue Krisen reagieren können. Er wird besser auf unsere Prioritäten **abgestimmt**, und Menschen und Unternehmen werden **einfacher** davon profitieren. Außerdem wird er **zum Schutz der Rechtsstaatlichkeit in der Europäischen Union beitragen.**

Dies ist ein entscheidender Moment in der europäischen Geschichte. Mehr denn je muss sich Europa jetzt auf seine eigenen Stärken konzentrieren. Aber Europa hat stets gezeigt, **dass es jede Krise überwinden kann, wenn es zusammensteht.** Es ist an der Zeit, sich zu entscheiden – für Stärke, für Einheit, für Europa.



Eine wettbewerbsfähige und prosperierende Union

Weltweit ist **eine neue Ära des harten geoökonomischen Wettbewerbs** angebrochen. Die größten Volkswirtschaften der Welt konkurrieren um Rohstoffquellen, neue Technologien und globale Handelswege. Ob KI, saubere Technologien, Quantentechnik oder der Weltraum – das Rennen läuft. Mit dem härteren Wettbewerb gehen auch vermehrte Ausfuhrkontrollen, Zölle und Sanktionen einher. Die Auswirkungen dieser neuen Gegebenheiten auf eine offene Wirtschaft wie die der EU sind nicht zu unterschätzen.

Der Wohlstand und die Lebensqualität in Europa stehen auf dem Spiel. Unsere Union muss im globalen wirtschaftlichen Wettlauf einen Schritt zulegen, ihre Bevölkerung und ihre Unternehmen vor den Auswirkungen feindseliger wirtschaftlicher Maßnahmen schützen und sie in die Lage versetzen, sich im Wettbewerb besser zu behaupten. Das stand und steht im Mittelpunkt der Arbeit der Kommission von der Leyen.

Europa hat alles, was es braucht, um seinen Wettbewerbsvorteil zurückzugewinnen. Wir sind führend in vielen zukunftsgerichteten Bereichen, z. B. Clean Tech. Wir sind ein attraktiver globaler Partner, mit dem andere Länder ins Geschäft kommen wollen. Wir haben hohe Sozial- und Umweltstandards und sind fest entschlossen, der erste klimaneutrale Kontinent der Welt zu werden. Vor allem haben wir starke

Gesellschaften mit einem hohen Maß an sozialer Gleichheit und fähigen, innovativen und hart arbeitenden Menschen.

Dennoch stoßen unsere Unternehmen und Arbeitskräfte immer noch zu oft auf Hindernisse, seien es hohe Energiepreise oder ein übermäßiger Verwaltungsaufwand. Letztes Jahr hat Professor Mario Draghi auf Ersuchen von Präsidentin von der Leyen in seinem **Bericht über die Zukunft der europäischen Wettbewerbsfähigkeit** dargelegt, worin die größten Hindernisse bestehen. Unter anderem wurde ein Teufelskreis aus niedrigen Investitionen und geringer Innovationskraft genannt.

Darüber hinaus hat **Präsidentin von der Leyen strategische Dialoge** mit Vertretern aus wichtigen Wirtschaftszweigen wie der Automobil-, Stahl-, Chemie-, Pharma- und Verteidigungsindustrie geführt. Dabei wurde ermittelt, welche konkreten Hürden in diesen Sektoren bestehen und wie sie abgebaut werden können. Diese Kommission hört den Unternehmen und der arbeitenden Bevölkerung in Europa zu und reagiert auf deren Anliegen.

Parallel zu diesen umfassenden Konsultationen und gestützt auf die Empfehlungen des Draghi-Berichts legte die Kommission einen **Kompass für Wettbewerbsfähigkeit** vor, der die Richtung für ihre Arbeit in den kommenden Jahren vorgibt.

Dabei gilt es erstens, **die Innovationslücke zu schließen**. Zweitens wird **ein gemeinsamer Fahrplan für Dekarbonisierung und Wettbewerbsfähigkeit** beschrieben, der unseren **Deal für eine saubere Industrie** prägt. Drittens muss die EU übermäßige **Abhängigkeiten abbauen**, wobei es **sowohl um die Sicherheit als auch um die Wettbewerbsfähigkeit** geht. Zur Umsetzung dieser Ziele werden im Kompass für Wettbewerbsfähigkeit mehrere **Schlüsselfaktoren** genannt: Vereinfachung

der Vorschriften, Beseitigung von Hindernissen im Binnenmarkt, Aufbau einer Spar- und Investitionsunion, Investitionen in Kompetenzen und eine bessere Koordinierung der politischen Maßnahmen auf Ebene der Union und der Mitgliedstaaten.

Wir kommen voran. Mit dem Kompass für Wettbewerbsfähigkeit **nimmt die Kommission Kurs auf Wohlstand**.

Kompass für Wettbewerbsfähigkeit



Wir haben die richtigen Voraussetzungen, um im globalen Wettbewerb zu bestehen:



- **17 % des weltweiten BIP** entfallen auf unseren Binnenmarkt
- **10 Billionen EUR Gesamtersparnis** in Form von Bankeinlagen
- Handelsabkommen mit **76 Handelspartnern**
- **Unser BIP liegt heute um 5 % höher** als vor der COVID-19-Pandemie
- **Beinahe 10 Millionen Erwerbstätige mehr** seit 2019, trotz eines Krieges vor unserer Haustür

Die Innovationslücke schließen – Europa als erste Wahl für Wissenschaft, Wirtschaft und Innovation

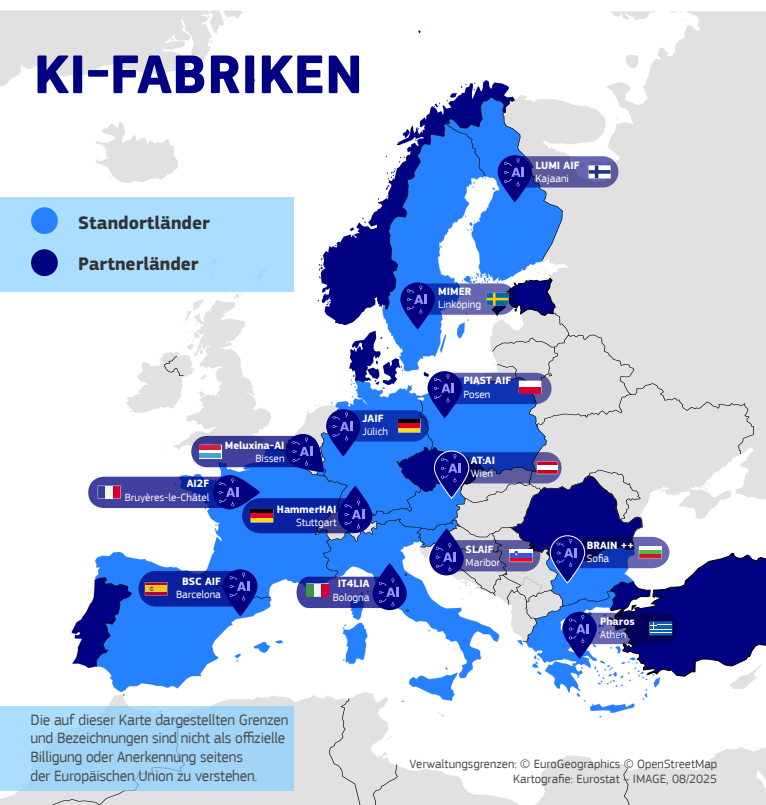
Seit Jahrhunderten **ist Europa ein Ort der Innovation, des Unternehmertums und der wissenschaftlichen Freiheit**. Europa kann ebenso viele Patentanmeldungen für sich verbuchen wie die USA und China, aber nur ein Drittel davon wird geschäftlich verwertet. Bei der Gründung von Start-up-Unternehmen liegen wir mit den Vereinigten Staaten in etwa gleichauf, aber bei den Scale-ups bleiben wir hinter unseren Wettbewerbern zurück. Um diese Lücke zu schließen, rücken wir Forschung und Innovation, Wissenschaft und Technologie ins Zentrum unserer Wirtschaft.

Die nächste Generation von Spitzentechnologien muss aus Europa kommen, angefangen bei der KI. Der KI-Wettlauf hat gerade erst begonnen, und noch ist nicht entschieden, wer weltweit die Nase vorn haben wird. Mit ihrem einzigartigen europäischen KI-Ansatz kann die EU dabei die Führung übernehmen, indem sie branchenspezifische Anwendungen entwickelt und die Stärke der KI zur Steigerung der Produktivität und zum Wohle der Menschen einsetzt.

Nachdem in den letzten Jahren die Verordnung über künstliche Intelligenz verabschiedet, ein leistungsfähiges Netz aus Supercomputern aufgebaut und gemeinsame europäische Datenräume eingerichtet wurden, setzt sich die Kommission nun neue ehrgeizige Ziele. Seit Dezember 2024 **wurden 13 Standorte in ganz Europa für die Einrichtung von KI-Fabriken ausgewählt**. Diese KI-Fabriken werden EU-Supercomputer, umfassende Datenressourcen, Trainingseinrichtungen, Hochschulen, Start-ups und Humankapital zusammenbringen, um ein leistungsfähiges Innovationsumfeld zu schaffen, das die technologischen Grenzen neu definiert.

Die Entwicklung der Infrastruktur erfordert Investitionen. Im Februar kündigte Präsidentin **von der Leyen** auf dem KI-Gipfel in Paris die Initiative **InvestAI** an, bei der es darum geht, private und öffentliche Investitionen von **bis zu 200 Mrd. EUR** in KI zu mobilisieren.

Im April legte die Kommission den **Aktionsplan „KI-Kontinent“** vor, mit dem vor allem das Ziel verfolgt wird, aufbauend auf den KI-Fabriken **KI-Gigafabriken** einzurichten. Sie werden mit über 100 000 modernen KI-Prozessoren ausgestattet. 76 Interessenbekundungen für den Aufbau von KI-Gigafabriken in 16 Mitgliedstaaten sind bereits bei uns eingegangen.





Anna-Maria Halacheva ist Doktorandin am bulgarischen Forschungsinstitut INSAIT. Sie ist ein neuer Star der KI-Welt und hat es 2024 auf die Forbes-Liste „30 Under 30“ für Bulgarien geschafft. Mit erst 25 Jahren gilt sie als wegweisende Forscherin an der Schnittstelle zwischen 3D Computer Vision und Robotik; schwerpunktmäßig befasst sie sich damit, wie autonome Roboter ihre Umgebung wahrnehmen und mit ihr interagieren können. Anna-Maria und ihr Team treten für eine offene Forschung ein und unterstützen die weltweite Zusammenarbeit und Innovation. Darüber hinaus erhält sie ein Stipendium von Google DeepMind, eine Förderung für besonders begabte Forscherinnen im Bereich KI und Deep Tech. INSAIT hat zusammen mit dem Sofia Tech Park 90 Mio. EUR Fördergelder von der EU erhalten, um eine KI-Fabrik zu errichten, in der Anna-Maria und ihre Kolleginnen und Kollegen ihre bahnbrechenden Forschungsarbeiten weiterführen können.

.lumen ist ein rumänisches Deep-Tech-Unternehmen, dessen Brillen sehbehinderten Menschen dank modernster KI die Bewältigung des Alltags erleichtern. Die Brillen übernehmen die Rolle eines virtuellen Blindenhundes: Das .lumen-Headset gibt eine haptische Rückmeldung, die als Vibration auf der Stirn zu spüren ist. .lumen erhielt eine Förderung von 9,7 Mio. EUR vom Europäischen Innovationsrat, mit der das Unternehmen seine bahnbrechende Technologie entwickeln konnte. .lumen-Gründer Cornel Amariei: „Ohne die EU gäbe es .lumen heute nicht“.



STRATEGIE FÜR EIN QUANTEN-EUROPA

Mit der Strategie für ein Quanten-Europa soll Europa bis 2030 weltweiter Vorreiter im Quantenbereich werden.

EUROPAS VORZÜGE

Wissenschaftliche Führungsrolle
Nobelpreiswürdige Spitzenforschung

Investitionen in Höhe von 11 Mrd. EUR
Durch die EU und die Mitgliedstaaten in den letzten fünf Jahren

Dynamisches Umfeld
Erfolgreiche Start-up-Unternehmen und KMU im Bereich Quantentechnik



HAUPTZIELE

Nutzung **wissenschaftlicher Erkenntnisse** für die Entwicklung **marktreifer Anwendungen**

Stärkung der **Sicherheit** und der **technologischen Souveränität Europas**

Aufrechterhaltung der wissenschaftlichen Führungsrolle Europas

Neben der KI versprechen die **Quantentechnologien** revolutionäre neue Wege zur Lösung komplexer Aufgaben – von bahnbrechenden pharmazeutischen Entwicklungen bis hin zur Sicherung kritischer Infrastrukturen. Im Juli gab die Kommission in ihrer **Quantenstrategie** das Ziel vor, dass Europa **bis 2030 Spitzenreiter bei den Quantentechnologien** wird; dafür sollen die Forschung aufgestockt, die Bildung von Quantenökosystemen unterstützt, mehr private Investitionen gefördert und der Aufbau von Wissen im Bereich der Quantentechnik auf unserem Kontinent verbessert werden.

Darüber hinaus wollen wir, dass die EU auch im Weltraum zu neuen Grenzen aufbricht und eine Pionierrolle übernimmt. Der im Juni vorgestellten **Vision für die Weltraumwirtschaft** zufolge wird die Kommission mit den Mitgliedstaaten, der Europäischen Weltraumorganisation und der Agentur der Europäischen Union für das Weltraumprogramm ein neues „**Space Team Europe**“ bilden, um die Kapazitäten zu konsolidieren und die Wettbewerbsfähigkeit der EU im Weltraum auszubauen.

Die Wissenschaft bleibt die treibende Kraft von Fortschritt und Wachstum für unsere Gesellschaften. Doch wird ihre Bedeutung in der

heutigen Welt plötzlich infrage gestellt. Wir in Europa **werden immer für die Wissenschaft eintreten**. Wir sind davon überzeugt, dass Grundlagenforschung nötig ist und deren Ergebnisse im täglichen Leben anwendbar sind. Deshalb möchten wir, dass sich Forschende, Investoren und Innovatoren **für Europa entscheiden**.

Im Mai stellte Präsidentin **von der Leyen** an der Universität Sorbonne die ersten Elemente der neuen **Strategie „Choose Europe“** vor. Der Schwerpunkt liegt darauf, die Wissenschaftsfreiheit zu erhalten und die besten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus der ganzen Welt zu gewinnen, um hier in Europa Innovationen anzustoßen. Für dieses Unterfangen wird ein neues Paket geschnürt, das **500 Mio. EUR für den Zeitraum von 2025 bis 2027** umfasst.

Ein weiteres Ziel von „Choose Europe“ ist, Innovationen **vom Labor auf den Markt** zu bringen und neue Geschäftschancen zu eröffnen. Damit soll Europa der ideale Standort für Innovationen und für die Gründung und Expansion technologieorientierter Unternehmen werden.



**FREI ENTDECKEN, FORSCHEN
UND NEUES ENTWICKELN**

Europa bietet:

Sichere öffentliche Finanzierung und Forschungslaufbahnen

Akademische Freiheit und wissenschaftliche Exzellenz

Hohe Lebensqualität (Gesundheitsversorgung, Bildungswesen, Rentensystem)

Grenzüberschreitende
Zusammenarbeit



Mittel in Höhe
von **500 Mio. EUR**
für den Zeitraum
2025-2027,
um Europa
für Forschende
attraktiver
zu machen

230 Mio. EUR, um Spitzenforschende
an Hochschulen mit Potenzial zu
bringen

**2 Mio. EUR zusätzlich pro
Forschendem** für Umzugs- und
Anlaufkosten Unterstützung für
längerfristige Beschäftigungsmög-
lichkeiten

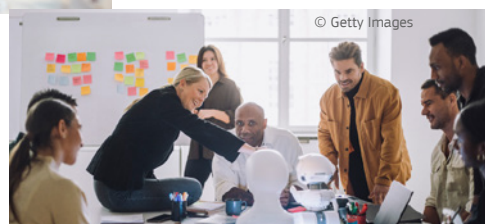
500 Mio. EUR für den Zeitraum
2025-2027, um Europa für Forschende
attraktiver zu machen



Mehr als 60
Förderprogramme
in der gesamten EU
online zugänglich

Horizon Europe

Das weltweit größte Forschungs-
programm mit einer Mittelaus-
stattung von **93,5 Mrd. EUR.**





Die mexikanische Wissenschaftlerin Dr. Martha C. Mayorquín-Torres, die im Bereich erneuerbare Ressourcen für Pharma-Anwendungen forscht, zog auf der Suche nach besseren Forschungsbedingungen nach Belgien. Sie arbeitet derzeit an der Universität Gent am Projekt TransPharm mit, das von Horizon Europe unterstützt wird. Ihr Forschungsschwerpunkt liegt auf der Entwicklung pharmazeutischer Wirkstoffe unter verstärktem Einsatz von sauberen und erneuerbaren Ressourcen und auf dem Thema Nachhaltigkeit der Herstellungsprozesse in der Pharmaindustrie. Wie viele andere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und Forschende hat sich Martha für Europa entschieden.

Um diese Dynamik zu unterstützen, hat die Kommission ihre **Start-up- und Scale-up-Strategie** vorgelegt. Start-ups und Scale-ups sind für die Zukunft Europas von entscheidender Bedeutung. Sie fördern Innovationen und nachhaltiges Wachstum, schaffen hochwertige Arbeitsplätze, ziehen Investitionen an und eröffnen neue Märkte, in denen die EU eine Führungsrolle einnehmen kann.

Die **Strategie für Biowissenschaften** verfolgt wiederum das Ziel, die Forschung im Bereich der lebenden Organismen und Systeme und der Zusammenhänge zwischen ihnen zu optimieren. Mit der Strategie, die für die Wettbewerbsfähigkeit Europas enorm wichtig ist, soll erreicht werden, dass solche Innovationen rasch zur Marktreife geführt und von Unternehmen verwertet werden.

START-UP- UND SCALE-UP-STRATEGIE DER EU



Förderung eines innovationsfreundlichen Umfelds

Bessere Finanzierung von Start-up- und Scale-up-Unternehmen



Unterstützung von Marktakzeptanz und Expansion von Start-up-Unternehmen

Anwerbung und Bindung der besten Talente



Erleichterung des Zugangs zu Infrastrukturen, Netzen und Diensten



Europa hat seine Entscheidung getroffen. Wir haben uns dafür entschieden, Forschung und Innovation, aber auch Wissenschaft und Technologie ins Zentrum unserer Wirtschaft zu rücken. Wir haben uns dafür entschieden, der Kontinent zu sein, auf dem Innovationen der Menschheit dienen und kluge Köpfe aus der ganzen Welt willkommen sind. Wir haben uns dafür entschieden, ein neues Zeitalter der Innovation und der Erfindungsgabe einzuläuten.

STRATEGIE FÜR BIOWISSEN- SCHAFTEN

**Unterstützung
neuartiger Therapien**
Entwicklung
von Exzellenzzentren
in Koordination
mit den Mitgliedstaaten

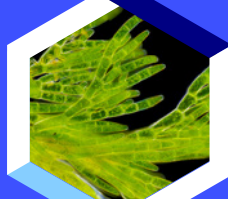
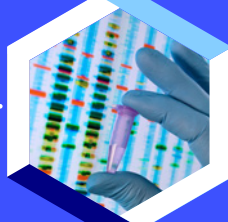
**Laufbahnentwicklung
im Bereich der
Biowissenschaften durch
„Choose Europe“.**
Anwerbung und Bindung
von Talenten in Abstimmung
mit den Maßnahmen
der Mitgliedstaaten

**Schnittstelle für
Investoren im Bereich
der Biowissenschaften**
Herstellung von Kontakten
zwischen Start-up-
Unternehmen, Industrie
und Investoren



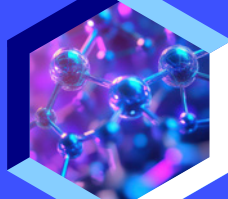
Investitionsplan für klinische Forschung

Erleichterung der Finanzierung
länderübergreifender klinischer
Versuche



Mikrobiom-Initiative im Rahmen des Konzepts „Eine Gesundheit“ (*)

Die EU zu einem Innovator
von Weltrang bei Lösungen
auf Mikrobiom-Basis machen



EU-Biotech-Rechtsakt

Förderung der Innovation durch
Vereinfachung von Vorschriften
und Bereitstellung unterstützender
Maßnahmen



(*) Das Konzept „Eine Gesundheit“ trägt
der Verflechtung der Gesundheit von
Mensch, Tier und Umwelt Rechnung.

Ein gemeinsamer Plan für Dekarbonisierung und Wettbewerbsfähigkeit

Europa ist Spitzenreiter im Clean-Tech-Wettlauf und gut gerüstet, um in einer dekarbonisierten Wirtschaft erfolgreich zu sein. Wir haben Fachleute, eine erstklassige Infrastruktur und einen klaren Fahrplan für den Übergang zur Klimaneutralität. Letztes Jahr gingen die Emissionen im Energiesektor um fast 10 % zurück, während der Energieverbrauch nur um 1 % zunahm. Etwa 30 % der weltweit bestehenden innovativen Elektrolyseunternehmen sind in der EU ansässig, ebenso 20 % der in der CO₂-Abscheidung- und -Speicherung tätigen Unternehmen und 40 % der Unternehmen im Bereich Windkraft- und Wärmepumpentechnologie.

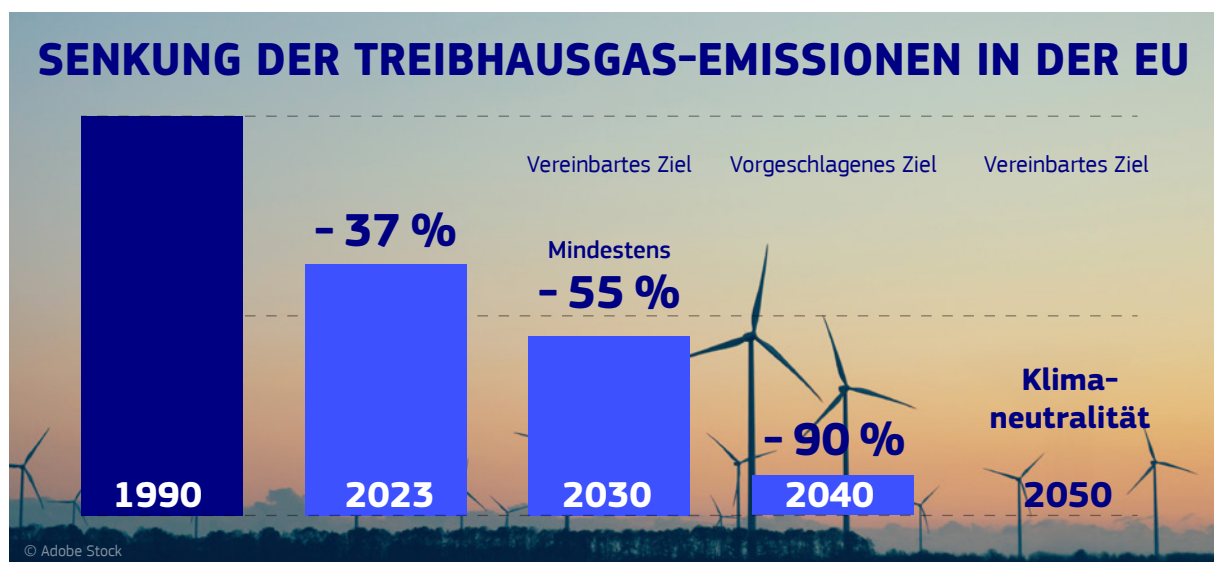
Europa bleibt auf Kurs. Wir sind auf gutem Weg, unser Ziel der Verringerung der Treibhausgasemissionen um mindestens 55 % bis 2030 gegenüber dem Stand von 1990 zu erreichen. Wir haben jetzt ein **90 %-Ziel für 2040** vorgeschlagen, um die Verpflichtungen aus unserem Klimagesetz pragmatisch zu erfüllen. Damit hätten unsere Unternehmen genügend Planungssicherheit für ihre Investitionen.

Gleichzeitig erfordert ein erfolgreicher Übergang zu sauberer Energie mehr Flexibilität und Anpassungsfähigkeit sowie eine enge Partnerschaft mit Menschen und Unternehmen.

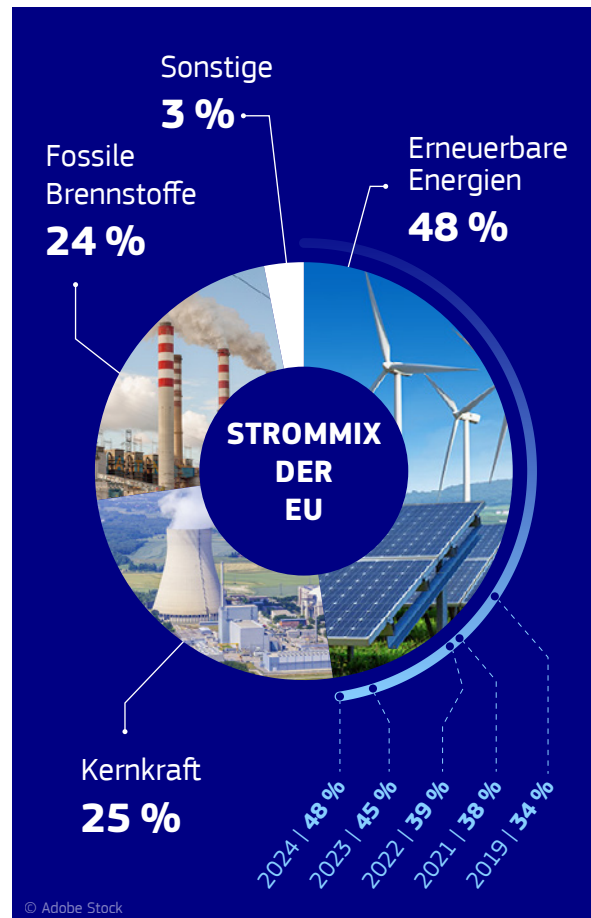
Wir müssen auf unsere traditionellen Stärken setzen: unsere Industriebetriebe, kleine und mittlere Unternehmen (KMU), Innovatoren und Arbeitskräfte. Die Kommission möchte, dass die EU eine führende Rolle in der Wirtschaft der Zukunft spielt und gleichzeitig **ihren Vorsprung in den Branchen sichert, denen sie ihren Wohlstand verdankt.**

Deshalb hat die Kommission im Februar einen Businessplan für Wettbewerbsfähigkeit und Dekarbonisierung, den **Deal für eine saubere Industrie**, mit dem Schwerpunkt auf energieintensiven Industrien und sauberen Technologien vorgelegt.

Energieintensive Industrien wie die Chemie-, Stahl- und Zementindustrie sind seit jeher wettbewerbsfähige und arbeitsplatzschaffende Branchen in der europäischen Wirtschaft. Aber heute werden sie von hohen Energiekosten und unlauteren Praktiken im globalen Wettbewerb ausgebremst. Gleichzeitig sind **saubere Technologien** wie Wasserstoff, Wind- und Solarenergie zentrale Faktoren des Wandels, den diese Industrien vollziehen müssen. Da der weltweite Wettlauf um diese Technologien schneller und härter wird, **muss Europa sich rasch anpassen.**



Hybrid Greentech ist ein von Rasmus Rode Mosbæk gegründetes dänisches Unternehmen, das eine innovative Softwareplattform für intelligentes Energiespeichermanagement entwickelt hat. Das im Rahmen von InvestEU geförderte Projekt wurde mit dem Green Power Award 2024 ausgezeichnet und ist ein europäisches Beispiel dafür, wie Technologie, Klimaschutz und Geschäftstätigkeiten Hand in Hand gehen können.



Mit dem Deal für eine saubere Industrie sollen die **Energiepreise gesenkt** werden, die für bestimmte Sektoren noch zu hoch sind. Außerdem soll die **Nachfrage nach sauberen Produkten gesteigert werden**, indem Leitmärkte geschaffen werden und die Wahl sauberer Produkte bei der Vergabe öffentlicher Aufträge gefördert wird. Mittels einer **Bank zur Dekarbonisierung der Industrie, die 100 Mrd. EUR mobilisieren soll**, werden **Unternehmen bei der Finanzierung ihres Übergangs zu sauberer Energie unterstützt**. Auch soll die **Kreislauffähigkeit verbessert** werden, um benötigte Rohstoffe zu gewinnen.

Um den Deal für eine saubere Industrie zu stärken, hat die Kommission im Juni den **Beihilferahmen für den Deal für eine saubere Industrie** verabschiedet. Damit werden die Regeln vereinfacht, auf deren Grundlage die Mitgliedstaaten staatliche Beihilfen zur Erreichung der Ziele des Deals gewähren können.

Der **Aktionsplan für erschwingliche Energie**, der zusammen mit dem Deal für eine saubere Industrie angenommen wurde, nimmt die hohen Energiekosten ins Visier, die unsere Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigen. Der Plan umfasst Maßnahmen zur Senkung der nationalen Stromsteuern, zur Unterstützung der Einführung langfristiger Stromlieferverträge und energieeffizienter Lösungen und zur Suche zuverlässiger LNG-Lieferanten. Die Kommission schätzt, dass Verbraucherinnen und Verbraucher bzw. Unternehmen dadurch **dieses Jahr bis zu 45 Mrd. EUR und bis 2040 jährlich bis zu 260 Mrd. EUR** sparen könnten.

Um ihre beiden parallelen Ziele, die Dekarbonisierung und die Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit, zu verwirklichen, arbeitet die Kommission eng mit den Interessenträgern vor Ort zusammen – Unternehmern, Landwirtinnen und Landwirten, der arbeitenden Bevölkerung und Führungskräften aus der Industrie. Sie präsentierte im Anschluss an ihre strategischen Dialoge mit Schlüsselsektoren einen **Aktionsplan für Stahl und Metalle**, einen **Aktionsplan für die europäische Automobilindustrie** und einen **Aktionsplan für die Chemieindustrie**. Wir wollen unsere Unternehmen von allen Fesseln befreien, damit Europa nicht nur ein Kontinent der Industrie-Innovationen, sondern auch der Industrie-Produktion sein kann.

Mit dem Deal für eine saubere Industrie werden mehr als **100 Mrd. EUR** für die Förderung einer umweltfreundlichen Fertigung in der EU und die Umstellung auf saubere Energie mobilisiert.



Ein saubereres, intelligenteres und flexibleres Energiesystem wird dazu beitragen, **im Jahr 2025 45 Mrd. EUR und bis 2040 sogar 260 Mrd. EUR jährlich einzusparen**.



Die griechischen Inseln Agios Efstratios und Chalki werden dank der Mittel aus dem Aufbauinstrument NextGenerationEU und dem Kohäsionsfonds zu Vorbildern in Sachen Klimaneutralität und Unabhängigkeit der Energieversorgung, insbesondere in den Bereichen erneuerbare Energien, Elektromobilität und digitale öffentliche Dienste. Obwohl die Inseln mit nur etwa 250 bzw. 500 Bewohnerinnen und Bewohnern klein sind und mit den typischen Herausforderungen von Inseln zurechtkommen müssen, zeigen sie besonderen Einsatz und zeichnen den Weg in eine saubere Zukunft vor.

Unsere Pläne für ein wettbewerbsfähigeres Europa beschränken sich nicht auf die Industrie. Unsere Landwirtinnen und Landwirte sichern nicht nur unsere **Ernährungssouveränität** mit hochwertigen und sicheren Erzeugnissen, die unsere europäische Lebensweise seit Generationen prägen, sondern tragen auch zur weltweiten Ernährungssicherheit bei. **Sie haben die EU zu einer treibenden Kraft bei Agrar und Ernährung gemacht.**

Angeichts der großen Herausforderungen der letzten Jahre, darunter höhere Produktionskosten, extreme Wetterereignisse und die komplexe Geopolitik, **brauchen unsere Landwirtinnen und Landwirte jedoch Unterstützung.**

Im Januar richtete die Kommission auf der Grundlage der Empfehlungen des letztjährigen strategischen Dialogs über die Zukunft der Landwirtschaft den **Europäischen Ausschuss für Landwirtschaft und Ernährung** ein, der die Kommission beraten und eine Kultur des Dialogs und des Vertrauens fördern soll.



Sophie Bell ist eine 26-jährige Landwirtin in dritter Generation aus der irischen Stadt Cavan. In den sozialen Medien begeistert sie eine neue Generation junger Frauen für den Beruf der Landwirtin, tritt für die Belange von Junglandwirtinnen und -landwirten ein und rückt den Generationswechsel in den Fokus. Sie erhält Mittel aus der Gemeinsamen Agrarpolitik. Im Dezember 2024 nahm sie zudem am 10. Europäischen Kongress der Junglandwirte teil.

Im Februar 2025 legte die Kommission sodann eine **Vision für Landwirtschaft und Ernährung** vor. **Sie zeigt unseren Landwirtinnen und Landwirten, dass wir an ihrer Seite stehen**, indem wir die europäische Landwirtschaft wettbewerbsfähiger machen und besser mit der Natur in Einklang bringen. Die Vision enthält Maßnahmen, mit denen sichergestellt werden soll, dass Landwirtinnen und Landwirte mehr mit ihren Erzeugnissen verdienen, dass der unlautere Wettbewerb aus dem Ausland bekämpft wird, indem schwerpunktmäßig dafür gesorgt wird, dass eingeführte landwirtschaftliche Erzeugnisse unseren eigenen Produktionsstandards entsprechen, und dass ländliche Gebiete dynamische, attraktive Regionen bleiben, in denen jetzige und künftige Generationen von Landwirtinnen und Landwirten gut leben und arbeiten können.

EINE VISION FÜR LANDWIRTSCHAFT UND ERNÄHRUNG

- soll bis 2040 einen wettbewerbsfähigen, resilienten, gerechten und zukunftssicheren Agrar- und Lebensmittelsektor schaffen;
- Der Sektor generiert jährlich (*) **900 Mrd. EUR** und unterstützt **30 Millionen Arbeitsplätze**.



Schließlich sind drei Viertel aller Unternehmen in Europa in irgendeiner Form von der Natur abhängig. Wenn die Natur jetzt bewahrt wird, können künftige Probleme für unsere Unternehmen abgewendet werden. Die Kommission hat einen Fahrplan für die Einführung von **Naturgutschriften** vorgeschlagen, mit denen Anreize für Maßnahmen zur Wiederherstellung und Erhaltung der Natur im privaten und im öffentlichen Sektor geschaffen werden. Sie bieten die Möglichkeit, die biologische Vielfalt zu fördern und Lebensräume zu erhalten und gleichzeitig Einnahmen sowohl für diejenigen, die die Natur schützen, als auch für Investoren zu generieren.

An einem Freiwilligenprojekt des Europäischen Solidaritätskorps in der Weinbauregion Amarante (Portugal) nahmen sechs junge Freiwillige aus Frankreich, Deutschland, Polen, Italien und Griechenland teil. Sie engagierten sich dort in der lokalen Gemeinschaft, indem sie in ökologischen Landwirtschaftsbetrieben aushalfen, Fair-Trade-Workshops in Schulen organisierten, soziale Einrichtungen unterstützten und kulturelle Veranstaltungen durchführten.



Das Wirtschaften in Europa leichter machen

Wir müssen hier in Europa für Ordnung sorgen und die Rahmenbedingungen für Unternehmen verbessern: Das ist der Schlüssel zu unserem Wohlstand. Vereinfachte Verfahren sind für die Wettbewerbsfähigkeit Europas von entscheidender Bedeutung, wie unsere strategischen Dialoge mit Vertretern aller Industriezweige deutlich gezeigt haben. Sie berichteten uns, dass der Regulierungsaufwand mit umfangreichen Berichterstattungen, sich überschneidenden Vorschriften und komplexen Anforderungen eine große Belastung darstellt. Die Kommission hat ihre Forderungen aufgegriffen und ergreift entsprechende Maßnahmen.

Die Vereinfachung ist einer der Hauptschwerpunkte des Arbeitsprogramms der Kommission für 2025. Bislang haben wir sechs **Vereinfachungspakete** vorgelegt, um Hindernisse für die Wettbewerbsfähigkeit in verschiedenen Sektoren zu beseitigen. Ziel ist es, **diejenigen zu unterstützen, die in Europa einen Mehrwert schaffen**, und der Welt zu zeigen, dass Europa es ernst meint.

Die ersten Maßnahmenpakete wurden im Februar vorgelegt. Sie legen den Schwerpunkt darauf, die **Komplexität der EU-Anforderungen in Bezug auf die Nachhaltigkeitsberichterstattung und Sorgfaltspflichten für alle Unternehmen**, insbesondere aber für KMU, zu verringern. Zudem vereinfachen sie auch das **CO₂-Grenzausgleichssystem**: wir nehmen 90 % der Importeure, die für weniger als 1 % der Einfuhrmengen und der damit verbundenen Emissionen verantwortlich sind, aus dem Anwendungsbereich aus. Die Auswirkungen dieser Änderung auf das Klima sind minimal, aber die positiven Auswirkungen auf KMU sind enorm.

Im Mai wurden zwei weitere Vereinfachungspakete angenommen. Schwerpunkt des einen Pakets waren **Landwirtinnen und Landwirte sowie für Landwirtschaft zuständige nationale Behörden**: Die Zahlungen für Landwirtinnen und Landwirte werden vereinfacht, die Kontrollen auf der Grundlage von Technologien rationalisiert und den Landwirtinnen und Landwirten wird bei der Erfüllung bestimmter Finanzierungsbedingungen mehr Vertrauen entgegengebracht.

Das andere Vereinfachungspaket vom Mai war auf KMU ausgerichtet. In diesem Paket hat die

Kommission eine neue Unternehmenskategorie festgelegt: **kleine Midcap-Unternehmen** – Unternehmen mit 250 bis 750 Beschäftigten und einem Jahresumsatz von weniger als 150 Mio. EUR oder einem Gesamtvermögen von weniger als 129 Mio. EUR. **Rund 38 000 Unternehmen in der EU fallen unter diese neue Kategorie.** Die Unternehmen können sich entwickeln, ohne dass sie plötzlich mit einer Zunahme von Compliance-Verpflichtungen konfrontiert werden.

Im Juni legte das fünfte Vereinfachungspaket den Schwerpunkt auf die Unterstützung der EU-Mitgliedstaaten und der Verteidigungsindustrie beim **Ausbau der Verteidigungsfähigkeiten**. Mit dem Paket wird eine **Regelung der beschleunigten Genehmigung** eingeführt, wodurch die Wartezeit für Genehmigungen **von mehreren Jahren auf 60 Tage** verkürzt werden könnte.

Im Juli legte die Kommission ihr sechstes Paket vor, diesmal zu **Chemikalien**. Mit den vorgeschlagenen Maßnahmen werden die **Kennzeichnungsvorschriften für gefährliche Chemikalien vereinfacht**, die **EU-Kosmetikverordnung präzisiert** und die **Registrierung von Düngeprodukten erleichtert**.

Schätzungen der Kommission zufolge werden Unternehmen, Landwirtinnen und Landwirte sowie nationale Behörden durch diese Vereinfachungen **mehr als 8 Mrd. EUR** bei den jährlichen Verwaltungskosten einsparen. Zugleich werden sie Unternehmen zu Wachstum, Ausbau, Innovation, Investitionen und mehr Wettbewerbsfähigkeit anregen.



Einsparungen von über
8 Mrd. EUR bei den
jährlichen
Verwaltungskosten

Sechs umfangreiche Vereinfachungspakete wurden von der Kommission bisher vorgeschlagen

Ziel: Senkung des
Verwaltungsaufwands

**um mindestens 25 %
für alle Unternehmen**

und um 35 % für KMU



vor Ablauf der aktuellen Amtszeit

Darüber hinaus haben wir mit Stand August **28 Umsetzungsdialoge** organisiert, bei denen die Mitglieder des Kollegiums mit den einschlägigen Interessenträgern in ihrem Zuständigkeitsbereich diskutieren und sich ein Bild davon machen, wie sie die Umsetzung der EU-Vorschriften bewältigen, Ineffizienzen feststellen und nach Vereinfachungsmöglichkeiten suchen.

Andererseits wird die **Initiative „Mehrwertsteuer im digitalen Zeitalter“**, sobald sie vollständig umgesetzt ist, die Unternehmen entlasten, da sie die Meldungen für den grenzüberschreitenden Handel auf der Grundlage der elektronischen Rechnungsstellung erleichtert. Sie wird die Compliancekosten der Händler in der EU **um über 4 Mrd. EUR pro Jahr** senken und gleichzeitig den Mehrwertsteuerbetrug eindämmen.

In Zeiten wachsender Handelshemmnisse auf der ganzen Welt ist unser **Binnenmarkt** ein sicherer Hafen für europäische Unternehmen – ein Ort, an dem sie solide wachsen können, bevor sie sich auf die globalen Märkte begeben. Die Vitalität des Binnenmarktes wird jedoch durch zu viele nationale Barrieren und durch eine zu starke Fragmentierung und Bürokratie ausgebremst.

Die Kommission geht dagegen vor und legte dafür im Mai ihre **Binnenmarktstrategie** vor, die sich auf die **zehn schädlichsten und anhaltenden Hindernisse** konzentriert. Der Binnenmarkt wurde geschaffen, um Barrieren zwischen unseren Ländern abzubauen, Zölle zu beseitigen und Wirtschaftstätigkeiten innerhalb Europas zu erleichtern. 30 Jahre später kehren wir endlich zu dieser Idee zurück, um das Versprechen unseres Binnenmarktes zu erfüllen.



HERAUSFORDERUNGEN FÜR DEN BINNENMARKT

Geringes
Produktivitätswachstum
von rund **1 %**

**Stagnierende globale
Wettbewerbsfähigkeit**
der EU

SCHLÜSSELROLLE DES DIENSTLEISTUNGSSEKTORS

75 %
des BIP der EU

Dienstleistungsverkehr
innerhalb der EU **nicht
höher** als mit dem
Rest der Welt

60 % der Hindernisse
sind dieselben wie vor
20 Jahren

ZENTRALE MAßNAHMEN GEGEN DIE ZEHN WICHTIGSTEN HINDERNISSE IM BINNENMARKT

Angeichts der neuen Hindernisse für den Welthandel muss Europa die bestehenden Hürden im Binnenmarkt beseitigen. Diese Hürden beeinträchtigen den reibungslosen Waren- und Dienstleistungsverkehr und hemmen den grenzüberschreitenden Handel und grenzüberschreitende Investitionen. Die Beseitigung der zehn schädlichsten Hindernisse wird die binnenmarktweite Geschäftstätigkeit – Europas größte Errungenschaft – leichter und einfacher machen.



Komplizierte Niederlassung und Geschäftstätigkeit

- Einführung einer neuen, 28. Regelung für das Gesellschaftsrecht der EU
- Überarbeitung der Empfehlung der Kommission zu Unternehmensübertragungen



Übermäßig komplexe EU-Vorschriften

- Verringerung unnötiger Verwaltungslasten, die in den Vereinfachungsvorschlägen dargelegt werden
- Vereinfachung und Verschlinkung des EU-Rahmens für die Vergabe öffentlicher Aufträge



Lange Verzögerungen bei der Festlegung von Normen

- Überprüfung der Normungsverordnung
- Möglichkeit für die Kommission, bei Bedarf gemeinsame Spezifikationen festzulegen



Veraltete Produktvorschriften und mangelnde Produktkonformität

- Bessere Koordinierung zwischen den Zoll- und Marktüberwachungsbehörden der Mitgliedstaaten und der EU sowie möglicherweise Einrichtung einer EU-Marktüberwachungsbehörde
- Schaffung eines Rechtsrahmens für instandgesetzte und reparierte Produkte
- Strengere Anforderungen an benannte Konformitätsbewertungsstellen



Aufwendige Verfahren für die vorübergehende Entsendung von Arbeitskräften

- Befürwortung der Einführung der elektronischen Erklärung über die Entsendung von Arbeitnehmern und Koordinierung der sozialen Sicherheit
- Erleichterung der vorübergehenden grenzüberschreitenden Entsendung von Arbeitnehmern
- Erprobung und Einführung des Europäischen Sozialversicherungspasses (ESSPASS)



Mangelnde Eigenverantwortung der Mitgliedstaaten

- Ein hochrangiger Vertreter für den Binnenmarkt („Sherpa“), um die Anwendung der Vorschriften in allen Mitgliedstaaten zu fördern
- Organisation hochrangiger politischer Treffen der Taskforce für die Durchsetzung der Binnenmarktvorschriften (SMET)
- Stärkerer Einsatz präventiver Mechanismen auf EU-Ebene



Eingeschränkte Anerkennung von Berufsqualifikationen

- Schnellere und effizientere Anerkennung durch den Einsatz digitaler Instrumente und automatischer Verfahren
- Erwägung gemeinsamer Vorschriften für die Anerkennung von Qualifikationen von Drittstaatsangehörigen



Fragmentierte Vorschriften für Verpackung, Kennzeichnung und Abfälle

- Einführung des digitalen Produktpasses für digitale Etiketten und Produktkonformität
- Vereinheitlichung und Vereinfachung der Systeme der erweiterten Herstellerverantwortung für Altprodukte



Restriktive und divergierende nationale Vorschriften für Dienstleistungen

- Erleichterung der vorübergehenden Erbringung grenzüberschreitender Dienstleistungen, eventuell auch durch die Vereinheitlichung der Zulassungsverfahren für Dienstleistungen und der Zertifizierungssysteme
- Bewältigung der Herausforderungen in bestimmten Dienstleistungsbranchen wie Bauwesen, Einzelhandel, Lieferdienste und Unternehmens- und Industriedienstleistungen



Territoriale Lieferbeschränkungen

- Entwicklung von Instrumenten gegen ungerechtfertigte territoriale Lieferbeschränkungen, die über die durch das Wettbewerbsrecht untersagten Fälle hinausgehen

Wachstumsmöglichkeiten in Europa finanzieren

In Europa gibt es viele innovative Unternehmen mit bahnbrechenden Ideen, aber **sie brauchen die Mittel, um ihre Ideen in die Tat umzusetzen**. Die Fragmentierung der EU-Finanzmärkte hindert Unternehmen daran, Zugang zu Finanzmitteln zu erhalten. Dies hat manchmal zur Folge, dass sie sich anderswo niederlassen müssen.

Zugleich wünschen sich Sparende bessere Investitionsmöglichkeiten; derzeit liegen in der EU **rund 10 Billionen EUR** auf Bankkonten.

Jedes Jahr fließen 300 Mrd. EUR an Ersparnissen europäischer Familien in ausländische Finanzmärkte, da unser Kapitalmarkt zu fragmentiert ist. Mit diesem Geld werden aus dem Ausland häufig innovative europäische Unternehmen aufgekauft. Das muss sich ändern. Wir sind überzeugt, dass wir dieses enorme Potenzial nutzen und hier in Europa Wachstum schaffen können.

Im März stellte die Kommission die **Strategie für die Spar- und Investitionsunion** vor, um das Potenzial der EU-Kapitalmärkte voll auszuschöpfen und Sparende, die bessere Investitionsmöglichkeiten suchen, mit Unternehmen mit Kapitalbedarf zusammenzubringen.

Ziel der vorgeschlagenen Maßnahmen ist es, dass **Sparende auf Wunsch zu Investierenden werden können** und dass **Unternehmen einen einfacheren Zugang zu stärker diversifizierten und ergiebigeren Finanzierungsquellen erhalten**, auch über die Landesgrenzen hinweg.

Ein weiteres Instrument, mit der die EU ihre Prioritäten finanzieren und unabhängiger werden kann, ist **NextGenerationEU** – der ehrgeizige Aufbauplan der EU für die Zeit nach der Pandemie. Schätzungen der Kommission zufolge werden allein die Investitionen im Rahmen von NextGenerationEU das **Bruttoinlandsprodukt der EU im Jahr 2026 um 1,4 % steigern**, und die positiven Auswirkungen des Instruments werden in den kommenden Jahren weiterhin spürbar sein.

NEXT GEN EU

**+ 4,5
Millionen**

kleine, mittlere und große Unternehmen erhielten Unterstützung

**+ 49,8
Millionen**

Menschen mit Zugang zu neuen oder modernisierten Gesundheitseinrichtungen

**+ 31,1
Millionen**

Menschen wurden besser vor Naturkatastrophen geschützt

**33,4
Millionen**

MWh/Jahr

Einsparungen beim jährlichen Primärenergieverbrauch

**+ 16,2
Millionen**

Häuser und Gebäude mit sehr leistungsstarker Internetverbindung

**+ 10,7
Millionen**

junge Menschen zwischen 15 und 29 Jahren erhielten Unterstützung für allgemeine und berufliche Bildung und Beschäftigung

+ 1,4 %

geschätzter Anstieg des BIP der EU im Jahr 2026 allein durch Investitionen im Rahmen von NextGenerationEU

Stand August 2025

Bislang hat die Aufbau- und Resilienzfazilität die **Installation von mehr als 110 Gigawatt an Kapazitäten für erneuerbare Energien in der EU** ermöglicht und 33,4 Mio. Megawattstunden pro Jahr beim Primärenergieverbrauch eingespart – das ist **mehr als der jährliche Gesamtstromverbrauch von Dänemark**.



Das Herzstück von NextGenerationEU ist die **Aufbau- und Resilienzfazilität**. Bis Anfang August dieses Jahres wurden im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfazilität **362 Mrd. EUR** an die Mitgliedstaaten **ausgezahlt** – etwa 56 % der insgesamt verfügbaren Mittel. Unterdessen **stehen noch 288 Mrd. EUR zur Verfügung**. Die Mitgliedstaaten müssen die Umsetzung schneller durchführen, damit die Mittel sinnvoll eingesetzt werden können, **bevor die Aufbau- und Resilienzfazilität Ende 2026 ausläuft**. Im Juni legte die Kommission Leitlinien für die bestmögliche Nutzung der Möglichkeiten, die die Aufbau- und Resilienzfazilität bietet, vor.

Im Rahmen des Antinero-Programms sollen die griechischen Wälder geschützt und Großbrände verhindert werden, indem trockene Vegetation entfernt wird, Waldwege und Brandschneisen verbessert, neue Bäume gepflanzt und natürliche Pufferzonen geschaffen werden, die das Ausbreiten von Bränden verhindern. Das Programm umfasst auch Erosions- und Hochwasserschutzmaßnahmen für abgebrannte Flächen. Das Ziel ist einfach: die Wälder sicherer, gesünder und widerstandsfähiger gegenüber dem Klimawandel machen. Das Programm wurde mit Mitteln aus dem Instrument NextGenerationEU entwickelt und ist ein vorbildliches Beispiel dafür, wie EU-Investitionen für Klimaresilienz, Krisenvorsorge und den Schutz ländlicher Gemeinschaften eingesetzt werden. Mit einem Budget von mehr als 400 Mio. EUR ist es das größte Projekt, das es jemals in diesem Bereich in Griechenland gab.

BISHER



KÜNFTIG



© Secretariat General of Forests of the Ministry of environment and energy



© Verwaltungsbehörde für das Programm Verkehr 2021-2027, 2025

Die **Kohäsionspolitik** ist nach wie vor eines der wirkungsvollsten Instrumente der EU für Investitionen in gerechtere und widerstandsfähigere Gesellschaften im Einklang mit unseren gemeinsamen Prioritäten.

Die derzeitigen Kohäsionsprogramme wurden jedoch vor den großen geopolitischen Umbrüchen der letzten vier Jahre angenommen. **Unsere Instrumente müssen daher flexibler werden, damit wir uns an neue Prioritäten anpassen.** Im April führte die Kommission eine **Halbzeitüberprüfung der derzeitigen Kohäsionspolitik** durch und legte Vorschläge für die Bewältigung der heutigen Herausforderungen vor, die zu mehr Investitionen in diesem Bereich führen sollen.

Die Mitgliedstaaten werden in der Lage sein, einen Teil ihrer kohäsionspolitischen Fonds umzuwidmen und sie **auf aktuelle EU-Prioritäten auszurichten** – wie die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Europas und der europäischen Verteidigung, erschwinglicherer Wohnraum, die Verbesserung der Wasserresilienz und die Förderung der Energiewende. Besondere Aufmerksamkeit gilt den östlichen Regionen, die an Russland, Belarus und die Ukraine angrenzen und noch stärker vom Krieg Putins betroffen sind.

Dank der kohäsionspolitischen Unterstützung der EU für die Initiative „Solidaritätskorridore“ hat das PRIMUS-Projekt in Rumänien die Sicherheit der Schifffahrt auf der Donau erhöht und Häfen in Rumänien, der Ukraine und der Republik Moldau einbezogen. Insbesondere erhöht PRIMUS die Kapazität auf dem Sulina-Kanal von 8 Schiffen auf mindestens 20 Schiffe pro Tag, indem frühere Navigationsinstrumente modernisiert und Kapitänen alle relevanten Informationen in Echtzeit zur Verfügung gestellt werden. So ermöglicht es Rumänien, das Potenzial dieser Wasserstraße voll auszuschöpfen, und bietet der Ukraine und Moldau vor dem Hintergrund des anhaltenden Krieges eine lebenswichtige Verbindung zur EU.

Die Handlungskompetenz der Menschen stärken und unser Sozialmodell festigen

Das Fundament unserer Wirtschaft bilden die Menschen mit ihrer harten Arbeit, ihrem Talent und ihren Kompetenzen.

Wettbewerbsfähigkeit hängt heute weniger von den Lohnkosten ab, sondern vom Fachwissen des Personals, und dabei sind wir gegenüber unseren Konkurrenten im Vorteil. Hier in Europa finden Unternehmen außerordentlich erfahrene Arbeitskräfte und erstklassig ausgebildete Technologie-Fachkräfte. Wir haben allerdings nicht genug von ihnen, und dies bremst unsere Wettbewerbsfähigkeit.

Deshalb hat die Kommission im März ihren **Plan für eine Union der Kompetenzen** vorgelegt, der durch einen **Aktionsplan für Grundkompetenzen** und einen **Strategieplan für die Bildung in MINT-Fächern** ergänzt wird. Diese Maßnahmen werden die in Europa zur Verfügung stehenden Personalressourcen stärken und die Menschen in die Lage versetzen, einen Beitrag zur Wettbewerbsfähigkeit unseres Kontinents zu leisten.

Die Initiativen im Rahmen der Union der Kompetenzen werden Erwachsenen regelmäßige Fortbildungen und Umschulungen ermöglichen. Zugleich schlägt die Kommission Maßnahmen vor, damit sich mehr Studierende für **MINT-Fächer** (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) und für **Promotionsstudiengänge der Informations- und Kommunikationstechnologie** entscheiden, mit einem besonderen Schwerpunkt auf **weiblichen Studierenden**.

Diese Maßnahmen bauen auf dem **Kompetenzpakt** auf, der dank der vereinten Anstrengungen der Kommission, der nationalen Behörden, der Unternehmen, der Sozialpartner und der Bildungsanbieter **6,1 Millionen Menschen** zu einer Fortbildung verholfen hat.

UNION DER KOMPETENZEN

Unsere Ziele:



Stärkung der Handlungskompetenz der Menschen durch die Förderung ihrer Kompetenzen für den Zugang zu hochwertigen Arbeitsplätzen und die Bewältigung von Veränderungen

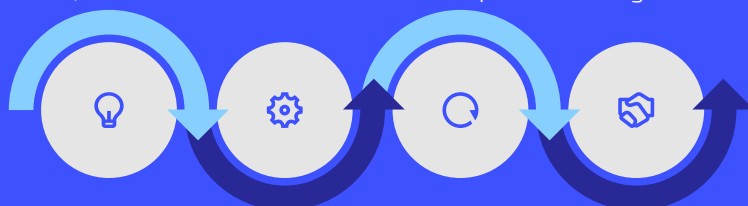


Förderung der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen, indem ihnen dabei geholfen wird, die benötigten Fachkräfte zu finden



Übertragbarkeit von Kompetenzen in der gesamten EU, unabhängig davon, wo oder wie sie erworben wurden

Um dies zu erreichen, ist im Rahmen der Union der Kompetenzen Folgendes vorgesehen:



Kompetenzaufbau für Lebensqualität und gute Arbeitsplätze

Weiterbildung und Umschulung für den digitalen und grünen Wandel

Kompetenzen in der EU verbreiten im Interesse der Wettbewerbsfähigkeit

Anwerbung, Weiterentwicklung und Bindung von Spitzentalenten in Europa

Bei der Bekämpfung des Fachkräftemangels kommt **den Sozialpartnern eine entscheidende Rolle** zu. Sie wissen, welche Kompetenzen Arbeitskräfte und Unternehmen am dringendsten benötigen, und kennen die bewährten Verfahren. Der **soziale Dialog** mit Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbänden ist seit Jahrzehnten eine Stütze des europäischen Sozialmodells. In einer Welt, die sich im Wandel befindet, ist es umso notwendiger, Vertrauen zu stärken, die Rechte der Beschäftigten zu schützen und sicherzustellen, dass mit den Veränderungen der Wirtschaft **unsere Wettbewerbsfähigkeit gesteigert wird, ohne dass unser soziales Gefüge geschwächt wird.**

Im März unterzeichnete die Kommission zusammen mit den Sozialpartnern einen neuen **Pakt für den europäischen sozialen Dialog** auf EU-Ebene. Darin verpflichtet sie sich, den Umfang des sozialen Dialogs auszuweiten und eine verstärkte Konsultation der Sozialpartner bei Gesetzgebungsinitiativen zu fördern.

Hier in Europa wissen wir, dass sich die Produktivität durch gute Arbeitsbedingungen steigern lässt: ein sicherer Arbeitsplatz, gerechte Löhne, ein ausgewogenes Verhältnis von Beruf und Privatleben, Kinderbetreuungsplätze und gute Pflegeangebote für betagte Eltern sowie Zugang zu angemessenem und erschwinglichem Wohnraum. Doch in der heutigen Welt können viele dieser sozialen Rechte nicht mehr als selbstverständlich angesehen werden.

Für die Menschen in Europa ist es ein immer größeres Problem, eine **bezahlbare Wohnung** zu finden. Jüngere Generationen stehen vor Hindernissen, die ihre Eltern nicht gekannt haben. Die Kommission hat eine **Taskforce für Wohnraum** eingerichtet, um einen **europäischen Plan für erschwinglichen Wohnraum** zu entwickeln, damit strukturelle Probleme angegangen werden und eine Strategie zur Förderung öffentlicher und privater Investitionen im Wohnungsbau aufgestellt wird.

BEZAHLBARER WOHNRAUM – EINE PRIORITÄT DER KOMMISSION



Die Wohnimmobilienpreise sind seit 2015 inflationsbereinigt um mehr als **20 %** gestiegen.



Baugenehmigungen für Wohngebäude sind seit 2021 um **mehr als 20 %** zurückgegangen



17 % unserer Bevölkerung leben auf engstem Wohnraum



Inflationsbereinigte Investitionen in Wohngebäude sind von 2022 bis 2024 insgesamt **um 6 % gesunken.**



Mietpreise für eine Einzimmerwohnung sind in Großstädten zwischen 2014 und 2023 **um 48 % gestiegen**



Obdachlosigkeit ist in allen Mitgliedstaaten ein Problem und hat in den letzten zehn Jahren **erheblich zugenommen**



© Viktória Király, 2025

Mit 64 Jahren nahm Maria ihre Enkelkinder zu sich, nachdem ihre Tochter Suchtprobleme entwickelt hatte. Obwohl Maria eine Festanstellung hatte, konnte sie sich die Miete nicht leisten. Dank einem aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung geförderten Finanzierungsinstrument nutzte eine öffentlich-private Partnerschaft in der Slowakei öffentliche Mittel, um 350 Mietwohnungen verfügbar zu machen und Maria und Hunderten anderen schutzbedürftigen Menschen gute Wohnungen bereitzustellen, deren Preise bis zu 30 % unter den marktüblichen Sätzen liegen. „Die Wohnung von Dostupný Domov zum ermäßigten Mietpreis war für mich wie ein Licht am Ende des Tunnels“, sagt Maria. „Hier haben wir ein gemütliches Zuhause, Privatsphäre und ein besseres Lernumfeld für die gesamte Familie.“

Das Gleiche gilt für die **Gleichstellung**. Sie ist nicht nur einer der wesentlichen europäischen Grundsätze, der in unseren Verträgen verankert ist; sie treibt auch das **Wirtschaftswachstum** an, indem sie die uneingeschränkte Teilhabe am Arbeitsmarkt ermöglicht, kreative und

innovative Ideen fördert und die Lebensqualität für alle verbessert.

Die EU hat mit neuen Vorschriften zur **Lohntransparenz**, zu einem **ausgewogenen Geschlechterverhältnis in den Leitungsorganen von Unternehmen** und zur **Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen** wichtige Fortschritte auf dem Weg zur **Gleichstellung** von Frauen und Männern erzielt. Doch es gibt keinen Grund, die Hände in den Schoß zu legen.

Zielvorgabe bis Ende Juni 2026 für große börsennotierte Unternehmen in der EU:



mindestens **40 %**
Frauenanteil an nicht
geschäftsführenden
Direktorenposten
oder



mindestens **33 %**
Frauenanteil an allen
Direktorenposten

Derzeit beträgt der Anteil von Frauen in den Leitungsorganen von Unternehmen in der EU durchschnittlich **34 %**.



2024 wurde Ljubljana für die Bemühungen, die Stadt für Frauen sicherer zu machen und Gewalt gegen Frauen zu verhindern, mit dem Preis „Europäische Hauptstädte für Inklusion und Vielfalt“ ausgezeichnet. Zu den Initiativen der Stadt gehören Aufklärungs- und Präventionskampagnen zum Thema Gewalt gegen Frauen, kreative Projekte wie Kunstaussstellungen, in denen die Geschichten von Gewaltopfern erzählt werden, die Kofinanzierung von fünf sicheren Häusern für Opfer häuslicher Gewalt, zwei Geburtskliniken und die Einrichtung einer rund um die Uhr besetzten Notrufstelle.

Im März hat die Kommission einen **Fahrplan für Frauenrechte** vorgelegt. In der EU und darüber hinaus wird die Kommission weiterhin darauf hinarbeiten, dass **für jede Frau und jedes Mädchen das Recht gilt, sich sicher fühlen zu können und mit Würde behandelt zu werden**, dass sie gleiches Entgelt für gleiche Arbeit erhält und dass sie Zugang zu hochwertiger Gesundheitsversorgung und Bildung hat und dass sie Arbeit und Privatleben in angemessener Weise miteinander vereinbaren kann. In der EU befinden sich einige der Länder, die bei der Geschlechtergerechtigkeit ihrer Gesellschaft im weltweiten Vergleich ganz vorn liegen, aber es bleibt noch viel zu tun, und wir werden niemals aufhören, uns für Gleichstellung einzusetzen.

Gleichzeitig setzen wir die Arbeit, die Rechte von LGBTIQ-Personen zu schützen und voranzubringen, die wir in der vorangegangenen Mandatsperiode begonnen haben, fort. Eine aktualisierte LGBTIQ-Strategie sowie eine neue Strategie gegen Rassismus werden unsere Bemühungen weiter konsolidieren.



FAHRPLAN FÜR FRAUENRECHTE

- 1 Leben ohne geschlechtsspezifische Gewalt**
Dies umfasst auch häusliche Gewalt und Femizide
- 2 Höchste Gesundheitsstandards**
Unterstützung und Ergänzung der Maßnahmen der Mitgliedstaaten für den Zugang von Frauen zu sexueller und reproduktiver Gesundheit und damit verbundenen Rechten
- 3 Lohngleichheit und Stärkung der wirtschaftlichen Stellung**
Bei Lohn, Rente, Finanzen, Steuern und Sozialschutz
- 4 Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben und Betreuungsaufgaben**
Gleichberechtigte Aufteilung von Betreuungs- und Pflegeaufgaben und Vereinbarkeit von Privat-, Familien- und Berufsleben
- 5 Gleiche Beschäftigungsmöglichkeiten und angemessene Arbeitsbedingungen**
Gleiche Chancen für Männer und Frauen
- 6 Hochwertige und inklusive Bildung**
Chancengleichheit und Zugang zu Ausbildung sowie Förderung digitaler Kompetenzen und des Interesses an MINT-Fächern
- 7 Politische Teilhabe und gleichberechtigte Vertretung**
Uneingeschränkte, gleichberechtigte und aussagekräftige Repräsentanz und Teilhabe von Frauen im öffentlichen und politischen Leben
- 8 Durchsetzung der Frauenrechte**
Mit starken Einrichtungen für die Geschlechtergleichstellung und deren durchgängiger Berücksichtigung in allen Politikbereichen und in den Bereichen Haushalt, Finanzierung, Forschung und Daten

Geschlechtergleichstellung

© Adobe Stock

Eine sichere Union, die sich selbst verteidigen kann

Unsere Welt ist erneut von imperialem Machtstreben und Kriegen geprägt. Internationale Akteure sind bereit, mit allen Mitteln – fair oder nicht – Vorteile zu erzielen. Russlands Aggressionskrieg gegen die Ukraine befindet sich nun im vierten Jahr, und die Angriffe sind noch intensiver geworden. Auf die Sicherheitsarchitektur Europas, die jahrzehntlang funktioniert hat, können wir nicht länger setzen. Angesichts dieser neuen Situation hat unsere Union Maßnahmen ergriffen, die noch im vergangenen Jahr unvorstellbar erschienen. **Das Europa der Verteidigung ist endlich erwacht.**

In der heutigen Welt können wir uns nicht auf andere verlassen, wenn es um Europas Verteidigung geht. **Die Verteidigung Europas ist unsere strategische Verantwortung**, und diese Verantwortung beginnt mit einer Aufstockung der Haushaltsmittel – für die Verteidigung und für unsere Verteidigungsindustrie. Unsere Mitgliedstaaten mobilisieren Ressourcen in beispielloser Höhe, um ihre Verteidigungsausgaben zu erhöhen, und unsere Union hat eine Reihe neuer Initiativen auf den Weg gebracht, um die Mitgliedstaaten dabei zu unterstützen, **mehr, auf bessere Weise und im Sinne Europas zu investieren.**

Mit unseren Initiativen des Plans „**Bereitschaft 2030**“ erleichtern wir in den nächsten vier Jahren zusätzliche Investitionen in Höhe von bis zu **800 Mrd. EUR** unserer Mitgliedstaaten. 16 Mitgliedstaaten haben die Aktivierung der **nationalen Ausweichklausel** beantragt, um ihren Verteidigungshaushalt zu erhöhen. In nur vier Monaten haben wir das neue Finanzinstrument **SAFE (Sicherheitsmaßnahmen für Europa)** geschaffen, über das **Darlehen in Höhe von 150 Mrd. EUR für die gemeinsame Beschaffung von Verteidigungsgütern** zur Verfügung gestellt werden. Wir haben ein **Vereinfachungspaket** im Verteidigungsbereich vorgeschlagen, um unsere Investitionen erheblich beschleunigen zu können. Wir haben auch unser Netz von **Verteidigungs- und Sicherheitspartnerschaften** mit Ländern weltweit verstärkt, mit denen wir Werte und Sicherheitsinteressen teilen – vom Vereinigten Königreich bis zu Kanada, von Norwegen bis Japan. Unser Ziel ist klar: **Bis 2030 muss Europa alles haben, was für eine glaubwürdige Abschreckung erforderlich ist.**

BEREITSCHAFT 2030

Mobilisierung von bis zu 800 Mrd. EUR für die Sicherheit und Verteidigung der EU



**SAFE
150 Mrd. EUR**

19 Mitgliedstaaten

**Aktivierung
der nationalen
Ausweichklausel**

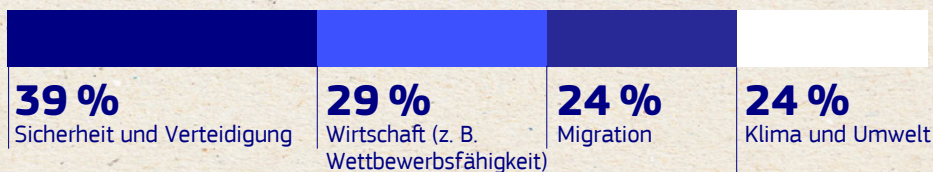
16 Mitgliedstaaten

Stand August 2025

ANSICHTEN DER EUROPÄERINNEN UND EUROPÄER ZU SICHERHEIT UND VERTEIDIGUNG



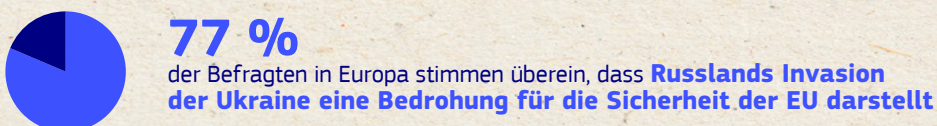
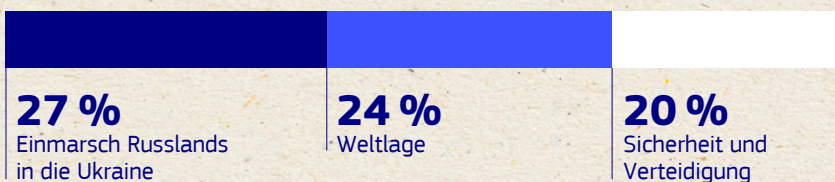
Nach Ansicht der Europäerinnen und Europäer **sollte die EU mittelfristig Maßnahmen** in folgenden Bereichen **ergreifen**:



Werte, für die die EU am meisten steht:



Die wichtigsten Probleme, mit denen sich die EU derzeit konfrontiert sieht:



Quelle: Standard-Eurobarometer Nr. 103.

Gleichzeitig **setzt Europa seine unerschütterliche Unterstützung der Ukraine fort. Mit 168,9 Mrd. EUR an Hilfgeldern, darunter fast 60 Mrd. EUR für militärische Unterstützung, ist die EU nach wie vor der größte Geldgeber für die Ukraine.** Darüber hinaus kann das neue SAFE-Instrument für direkte Beschaffungen von der Verteidigungsindustrie der Ukraine genutzt werden. Die Zukunft der Ukraine liegt in unserer Union, und wir integrieren ihre Verteidigungsindustrie in die breitere europäische Basis.

Auch über die Verteidigung hinaus haben wir unsere Sicherheit und Widerstandsfähigkeit in einer Reihe von Bereichen gesteigert – **von Cybersicherheit und kritischer Infrastruktur bis hin zur Versorgung mit Energie, Wasser, Arzneimitteln**

und Rohstoffen. Ebenso haben wir eine **Kultur der Vorsorge** in der gesamten europäischen Gesellschaft gefördert und somit unsere Widerstandsfähigkeit und unsere Fähigkeit, künftigen Krisen gemeinsam standzuhalten, gestärkt.

Um Sicherheitsaspekte in allen Initiativen der Kommission weiter zu integrieren und zu priorisieren, **führt Präsidentin von der Leyen nun den Vorsitz in regelmäßigen Sitzungen des Sicherheitskollegs**, in denen das gesamte Kollegium der Kommissionsmitglieder in einem speziellen Umfeld über Sicherheitsfragen beraten und darüber unterrichtet werden kann.

Damit bricht **eine neue Ära für Europas Sicherheit und Verteidigung** an.

Eine neue Ära für Europas Verteidigung: Bereitschaft 2030

Das Sicherheitsleitbild Europas ist erschüttert worden. Erstens führt Russland nach wie vor einen entsetzlichen Krieg auf europäischem Boden. Zweitens haben tiefgreifende geopolitische Veränderungen die Sicherheitsarchitektur unseres Kontinents ins Wanken gebracht.

Zu lange schon hat Europa ein Sicherheitsdefizit. Es muss dringend aufholen.

Das im Rahmen von NextGenerationEU unterstützte Projekt „Atlantic Constellation“ entstand durch eine Partnerschaft zwischen Portugal und Spanien. Ziel ist die Entwicklung einer vollständigen satellitengestützten Wertschöpfungskette für fortgeschrittene Datenanwendungen für Verteidigung, Sicherheit und Nachhaltigkeit. Die Zusammenarbeit führte zum Start des zweiten portugiesischen Satelliten (Cubesat MH-1) im März 2024. „Atlantic Constellation“ ist das größte Projekt im Weltraumsektor in der Geschichte Portugals. Zwei Satelliten befinden sich bereits in der Umlaufbahn, und weitere sind in Planung. Dieses spezifische Projekt ist Teil der Agenda „New Space Portugal“. Damit wird Portugal in die Lage versetzt, komplette Satelliten und Nutzlasten zu entwerfen, zu entwickeln und zu produzieren sowie exportorientierte Dienste von hohem Mehrwert anzubieten, die auf der Nutzung von Erdbeobachtungsdaten beruhen.



Diese Kommission konzentriert sich auf den Aufbau einer echten **Verteidigungsunion**. Die NATO wird zwar weiterhin eine Stütze unserer Sicherheit sein, doch **die EU muss mehr Verantwortung für ihren eigenen Schutz übernehmen**. Deshalb hat die Kommission im März den Plan „**Bereitschaft 2030**“ vorgeschlagen. Er enthält ein **Weißbuch für die europäische Verteidigung**, in dem Kapazitätslücken aufgezeigt werden und dargelegt wird, welche Investitionen im Verteidigungsbereich – Luft- und Raketenabwehr, Artilleriesysteme, Munition und Flugkörper, Drohnen und elektronische Kampfführung – getätigt werden müssen.

Darüber hinaus werden mit „Bereitschaft 2030“ die nötigen Ressourcen bereitgestellt, um unverzüglich handeln zu können. Wir haben den Mitgliedstaaten eine **koordinierte Aktivierung der nationalen Ausweichklausel** im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts vorgeschlagen, die es ihnen ermöglicht, ihre Verteidigungsausgaben zu erhöhen, ohne gegen unsere Haushaltsregeln zu verstoßen.

Eine weitere Initiative ist **SAFE**. Die Kommission wird bald damit beginnen, den Mitgliedstaaten **Darlehen in Höhe von bis zu 150 Mrd. EUR** zur Verfügung zu stellen, die durch den EU-Haushalt und seine hohe Bonitätseinstufung abgesichert sind.

Die Darlehen werden für die **gemeinsame Beschaffung von der europäischen Verteidigungsindustrie** genutzt und sind hauptsächlich auf die ermittelten vorrangigen Fähigkeiten ausgerichtet. Sie werden für den **Erwerb bei Unternehmen mit Sitz in der EU, im Europäischen Wirtschaftsraum oder in der Ukraine** verwendet, und mindestens 65 % der Kosten des betreffenden Produkts sollten auf diese Gebiete entfallen.

Mit Stand September haben **19 Mitgliedstaaten** ihr Interesse am Zugang zu SAFE-Darlehen bekundet. Somit sind Anträge in Höhe der gesamten Mittel des Instruments, d. h. in Höhe von 150 Mrd. EUR, eingegangen.

Darüber hinaus bietet die im April eingeleitete **Halbzeitüberprüfung der Kohäsionspolitik** Anreize für Länder und Regionen, die bereit sind, verfügbare Mittel umzuschichten und für

Produktionskapazitäten im Verteidigungssektor in der gesamten EU einzusetzen.

Die Kommission nutzt weiterhin alle verfügbaren Instrumente, um die Verteidigungsausgaben anzukurbeln. Im Juni haben wir ein **umfangreiches Vereinfachungspaket mit Schwerpunkt auf der Verteidigungsindustrie** vorgelegt, und im April haben wir Investitionen in Höhe von **910 Mio. EUR in 62 neue Projekte im Rahmen des Europäischen Verteidigungsfonds (EDF)** angekündigt, unter anderem in den Bereichen Luft- und Raketenabwehr, Munition, militärische Mobilität, KI, Cyberkriegsführung und elektronische Kampfführung.

Da der Weltraum und Satelliten in unserer Gesellschaft eine immer wichtigere strategische Rolle spielen, haben wir auch hier reagiert, um Störungen durch feindselige Akteure zu verhindern und die Sicherheit mit dem **EU-Weltraum-Rechtsakt** zu erhöhen.

Die tschechischen Unternehmen Eagle. one und Fly4Future haben in Kooperation mit der Tschechischen Technischen Universität Prag den Flugroboter „Drone Hunter“ entwickelt. Das Projekt wurde im November 2024 vorgestellt und mit Mitteln aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung unterstützt. Ziel ist die Entwicklung eines autonomen Flugroboters, der mit künstlicher Intelligenz ausgestattet ist, um nicht autorisierte Drohnen in einem geschützten Luftraum sicher und zerstörungsfrei abzufangen, was von entscheidender Bedeutung für zivile Anwendungen ist.



© EAGLE.ONE s.r.o.

WICHTIGSTE ZAHLEN ZUM EUROPÄISCHEN VERTEIDIGUNGSFONDS 2024



Im Rahmen des Europäischen Verteidigungsfonds 2024 werden Vorzeigeprojekte finanziert, die zur strategischen Autonomie und Resilienz der EU beitragen.



Zur See

EUROSWEET wird ein gemeinsames europäisches unbemanntes Minenräumsystem mit autonomen Funktionen entwickeln.



In der Luft

Das Projekt ENGRT II stärkt die Autonomie der EU in Verteidigungsfragen durch die Entwicklung der nächsten Generation von Drehflüglern bis 2030, mit Schwerpunkt auf fortschrittlichen Drehflüglertechnologien und -konfigurationen.



An Land

Mit dem Projekt iMUGS2 werden modulare und offene Systemarchitekturen weiterentwickelt und vorgeführt, mit denen unter anderem autonome Steuerungs- und Schwarmfunktionen in neue und bereits vorhandene Militärfahrzeuge integriert werden können.

Einstehen für eine freie und souveräne Ukraine

Vor mehr als drei Jahren hat Putin seinen groß angelegten Angriffskrieg gegen die Ukraine begonnen. Die Ukrainerinnen und Ukrainer leisten heldenhaft Widerstand und beweisen Mut, indem sie weiter für ihr Recht kämpfen, über ihr eigenes Schicksal zu entscheiden.

Ihre Freiheit ist die Freiheit Europas. Der Krieg in der Ukraine ist die schwerste Sicherheitskrise Europas, und deshalb **haben wir stets an unserer Unterstützung festgehalten.** Mit Stand August belief sich die Unterstützung, die die gesamte EU seit Kriegsbeginn geleistet hat, auf **168,9 Mrd. EUR.** Allein in diesem Jahr wird die EU **84 % des externen Finanzierungsbedarfs der Ukraine** decken.



SOLIDARITÄT DER EU MIT DER UKRAINE AUF EINEN BLICK



GESAMTUNTERSTÜTZUNG

168,9 Mrd. EUR für die Ukraine und ihre Bevölkerung, einschließlich wirtschaftlicher, finanzieller, humanitärer und militärischer Unterstützung.

VORÜBERGEHENDER SCHUTZ

Mehr als vier Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer haben Zuflucht in der EU gefunden.



HUMANITÄRE HILFE

Die bislang größte Operation im Rahmen des Katastrophenschutzverfahrens der Union.

MILITÄRISCHE HILFE

Die EU und ihre Mitgliedstaaten haben 59,6 Mrd. EUR an Militärhilfen mobilisiert.



INTEGRATION IN DIE EU

Die EU hat Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine aufgenommen.

RUSSLAND ZUR RECHENSCHAFT ZIEHEN

18 Pakete einschneiden der Sanktionen gegen Russland, darunter vier seit dem 1. Dezember 2024.



FRIEDENSVERHANDLUNGEN

Bemühungen auf internationaler Ebene und von Team Europa für einen gerechten und dauerhaften Frieden in der Ukraine.

ERHOLUNG UND WIEDERAUFBAU DER UKRAINE

Ziel der Mobilisierung öffentlicher und privater Investitionen in Höhe von bis zu 40 Mrd. EUR.



168,9 Mrd. EUR an Gesamtunterstützung für die Ukraine und ihre Bevölkerung

17 Mrd. EUR
für Mitgliedstaaten
zur Versorgung
der vor dem Krieg
fliehenden Menschen

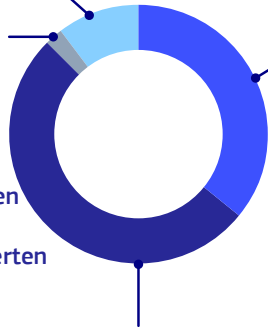
59,6 Mrd. EUR
an militärischer
Unterstützung für die
Ukraine im Rahmen
der Europäischen
Friedensfazilität
und durch einzelne
Mitgliedstaaten

3,7 Mrd. EUR
aus den
Einnahmen
aus
immobilisierten
russischen
Vermögenswerten

Mehr als **88,6 Mrd. EUR**
an finanzieller Hilfe und Budgethilfe
sowie humanitärer Hilfe

15 Mrd. EUR
von den
Mitgliedstaaten,
einschließlich
humanitärer Hilfe

Mehr als
73,6 Mrd. EUR
aus dem EU-Haushalt
bereitgestellte
oder garantierte
Makrofinanzhilfen,
Budgethilfen, humanitäre
Hilfe und Soforthilfe



Die Stasevski-Geschwister – Dalia, Justas und Lukas – sind finnisch-ukrainische Musiker, die die Ukraine besonders seit Beginn der groß angelegten russischen Invasion von ganzem Herzen unterstützen. Mit ganz unterschiedlichen Initiativen – von Kampagnen für humanitäre Hilfe und Berichterstattung von der Front bis hin zu öffentlichen Auftritten und Kulturdبلوماسية – setzen sie sich für europäische Werte, demokratische Grundsätze und internationale Zusammenarbeit ein und verschaffen so den Stimmen derer, die vom Krieg direkt betroffen sind, Gehör.

Im Rahmen der **Ukraine-Fazilität** hat die Kommission **22,7 Mrd. EUR** ausgezahlt, um die ukrainische Wirtschaft und die Umsetzung von Reformen zu unterstützen. Gemeinsam mit unseren G7-Partnern stellen wir zusätzliche Unterstützung in Höhe von 45 Mrd. EUR in Form von Darlehen bereit. Die EU hat ihrerseits bislang **9 Mrd. EUR** im Rahmen eines außerordentlichen Makrofinanzhilfeprogramms bereitgestellt. Dies wird **mit den Einnahmen aus immobilisierten russischen Vermögenswerten zurückgezahlt**.

Darüber hinaus haben die Kommission und die Mitgliedstaaten im Rahmen des **bislang größten Einsatzes im Rahmen des Katastrophenschutzverfahrens der Union** mehr als **156 000 Tonnen Sachleistungen** an die Ukraine geliefert und die Evakuierung von über 4 500 ukrainischen Patientinnen und Patienten in Krankenhäuser in 22 europäischen Ländern koordiniert: Dies ist im wahrsten Sinne des Wortes ein lebensrettendes Zeugnis europäischer Solidarität.

Die Kommission hat auch ihren Druck auf Russland erhöht. Auf unsere Vorschläge hin hat die EU **18 scharfe Sanktionspakete gegen Russland angenommen, darunter vier seit Beginn des aktuellen Mandats.**

Koordinierung der Evakuierung
von mehr als
4 500
ukrainischen Patientinnen und Patienten

Dank unserer Sanktionen sind die russischen Öl- und Gaseinnahmen im Vergleich zur Situation vor dem Krieg um fast 80 % zurückgegangen. In Russland hat sich das Defizit stark erhöht, und die Zinssätze sind sprunghaft angestiegen. Die Inflation liegt bei über 10 %. Die Einfuhr von Technologien und kritischen Gütern ist unerschwinglich geworden.

Wir haben **444 Schiffe**, die zur russischen Schattenflotte gehören, in einer Liste erfasst, und **mehr als 2 500 Personen** und Organisationen sind von Reiseverboten und dem Einfrieren von Vermögenswerten betroffen.



Über 2 500
mit Sanktionen
belegte Personen
und Organisationen



Die EU hat
444 Schiffe
der russischen
Schattenflotte
in die Sanktionsliste
aufgenommen.



Gleichzeitig haben wir weiter daran gearbeitet, dass **Russland für die Verbrechen, die es in der Ukraine begangen hat, zur Rechenschaft gezogen wird.** Im Februar legte die Kommission gemeinsam mit der Hohen Vertreterin, dem Europarat, der Ukraine und 37 weiteren Staaten das Fundament für einen **Sondergerichtshof für das Verbrechen der Aggression gegen die Ukraine**, und der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj und der Generalsekretär des Europarats Alain Berst haben bereits eine entsprechende Vereinbarung unterzeichnet.

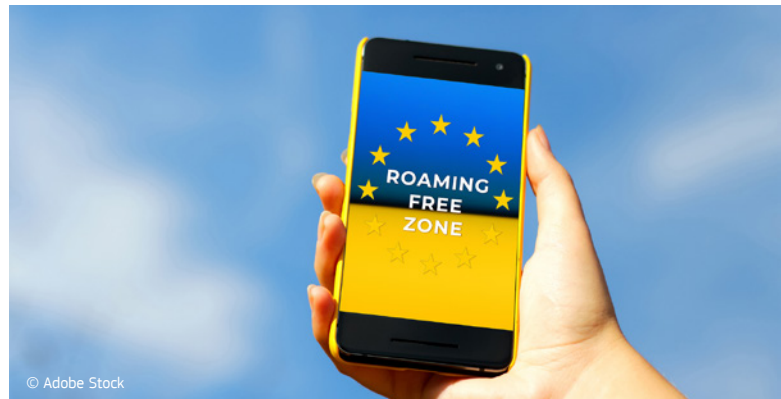
Der Gerichtshof wird befugt sein, die politischen und militärischen Führungspersonlichkeiten Russlands, die die Hauptverantwortung für die in der Ukraine begangenen Gräueltaten tragen, zur Rechenschaft zu ziehen.

Darüber hinaus setzt sich Präsidentin von der Leyen weiterhin öffentlich für die **Rückkehr der ukrainischen Kinder, die von Russland entführt wurden**, ein; und wir unterstützen nachdrücklich die Internationale Koalition für die Rückkehr ukrainischer Kinder.

Wir werden die Ukraine so lange wie nötig unterstützen, bis ein gerechter und dauerhafter Frieden im Land herrscht. In diesem Zusammenhang hat die Kommission gemeinsam mit der Koalition der Willigen die **Bemühungen von US-Präsident Donald Trump begrüßt, dem Töten in der Ukraine ein Ende zu setzen** und eine Einigung über ein Ende des Krieges zu erzielen. Präsidentin von der Leyen nahm im August zusammen mit Präsident Selenskyj und anderen europäischen Staats- und Regierungschefs an einem Treffen im Weißen Haus teil, um Wege hin zu einem gerechten und dauerhaften Frieden zu erörtern.

Die Arbeiten an einem Rahmen für **starke und glaubwürdige Sicherheitsgarantien für die Ukraine** werden fortgesetzt, und die EU ist bereit, ihren Beitrag zu leisten.

Die Ukrainerinnen und Ukrainer haben sich für einen Beitritt zu unserer Union entschieden, und die Ukraine ist ein Bewerberland für eine EU-Mitgliedschaft.



Die Kommission unterstützt die Ukraine bei der Umsetzung der Reformen, die erforderlich sind, um die Verhandlungen voranzubringen. Und **die Ukraine hat inmitten des Krieges außerordentliche Beharrlichkeit gezeigt, um ihre Ziele zu erreichen**. Der Beitrittsprozess beruht auf Verdiensten, und die **Ukraine hat es verdient, Fortschritte zu erzielen**. Die Kommission hat deutlich gemacht, dass die **Ukraine zur Eröffnung des ersten Clusters der Beitrittsverhandlungen bereit ist**.

In der Zwischenzeit haben wir die Ukraine weiterhin schrittweise in den Binnenmarkt und andere EU-Programme integriert, **z. B. das EU-Roaminggebiet ab 2026, den einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraum (SEPA) und das EU-Weltraumprogramm**. Wir haben auch unser bilaterales Handelsabkommen überarbeitet, um es besser auf unsere langfristigen Beziehungen vor dem Hintergrund des Beitritts der Ukraine abzustimmen.

Mehr als vier Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer haben Zuflucht in der EU gefunden. Im Juni schlug die Kommission vor, den derzeitigen **vorübergehenden Schutzstatus**, der es ihnen ermöglicht, in der EU zu leben, zu arbeiten und zu studieren, bis zum 4. März 2027 zu verlängern. Ferner empfahl sie den Mitgliedstaaten, sich auf einen Übergang aus dem System des vorübergehenden Schutzes hin zu einem anderen Rechtsstatus vorzubereiten und jenen die Rückkehr und Wiedereingliederung zu erleichtern, die in die Ukraine zurückkehren möchten.

Wir sind davon überzeugt, dass die Ukraine bald ein friedliches und florierendes Land für alle ihre Bürgerinnen und Bürger sein wird – und **ganz in der EU zu Hause**.



Ein vereintes Europa

Europas zentrale Sicherheitsstrategie ist seine Geschlossenheit. Die Erweiterung ist eine strategische Investition in den dauerhaften Frieden, die Stabilität und den Wohlstand Europas.

Länder und Menschen im Westbalkan, Moldau und die Ukraine haben sich dafür entschieden, Teil der EU zu werden. Die Erweiterung bleibt zwar ein leistungsbasierter Prozess – doch sind wir entschlossen, die Länder umfassend zu unterstützen.

Die Ukraine-Fazilität, die Reform- und Wachstumsfazilität für Moldau, der Wachstumsplan für den Westbalkan und andere Erweiterungsinitiativen tragen dazu bei,

Investitionen anzukurbeln und sicherzustellen, dass die für den EU-Beitritt dieser Länder erforderlichen Reformen umgesetzt werden.

Im **Westbalkan** wurden im Rahmen des Wachstumsplans **fast 120 Mio. EUR** zur Unterstützung grundlegender Reformen ausgezahlt, während im Juli ein separates Paket von fast **490 Mio. EUR für Investitionen in saubere Energie** angekündigt wurde. Unsere sechs Partner profitieren zunehmend vom SEPA-Beitritt und von einer verbesserten Konnektivität durch unsere Verkehrskorridore, unser Netzwerk digitaler Innovationszentren und eine Initiative zur Bereitstellung kostenloser WLAN-Dienste in öffentlichen Räumen in der gesamten Region.

Erste Investitionen im Rahmen des EU-Wachstumsplans für den Westbalkan



Albanien

Digitalisierung des Energieübertragungssystems

Im Rahmen dieses Investitionsvorhabens werden 40 Hochspannungs-Umspannwerke in ganz Albanien digitalisiert, wodurch die Übertragungskapazität der Netze erhöht wird und Energieverluste verringert werden.



Montenegro

Integration eines Prozessteuerungs- und Datenerfassungssystems (SCADA) in das montenegrinische Verteilernetz

Im Rahmen dieses Investitionsvorhabens wird Montenegros Stromnetz mit intelligenten Stromzählern und einem fortgeschrittenen Managementsystem auf den neuesten Stand gebracht, um die Effizienz zu verbessern, die Verluste um 30 GWh pro Jahr zu verringern und erneuerbare Energien zu fördern.



Serbien

Sonnenwärmekraftwerk in Novi Sad

Im Rahmen dieses Investitionsvorhabens werden in Novi Sad ein 31-MW-Sonnenwärmekraftwerk und eine 17-MW-Wärmepumpe gebaut, wodurch erneuerbare Energiequellen in das Fernwärmenetz eingegliedert und 17 Kilotonnen CO₂-Emissionen pro Jahr vermieden werden.



Am 1. Januar 2025 wurde das Netzwerk der europäischen digitalen Innovationszentren um neue Zentren aus Albanien, dem Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien erweitert. Das ist für die Stärkung des digitalen Wandels in der EU-Erweiterungsregion ein echter Meilenstein. Die Zentren unterstützen Unternehmen vor Ort, Start-ups und öffentliche Einrichtungen dabei, sich Spitzentechnologie, KI-Expertise und Kapazitäten zu erschließen.

Im Hinblick auf **Moldau** hat die Kommission eine Zweijahresstrategie unterzeichnet, mit der **250 Mio. EUR** bereitgestellt werden, um die Abhängigkeit des Landes von Energie aus Russland zu verringern, seine Resilienz zu erhöhen und es bei der Integration in den EU-Energiemarkt zu unterstützen.

Im Juli zahlte die Kommission auf dem ersten **Gipfeltreffen EU-Moldau** die ersten **270 Mio. EUR im Rahmen des Wachstumsplans für Moldau** aus. Damit werden Krankenhäuser, Heizungsanlagen und der Zugang zu erschwinglicher Energie finanziert.

Wir wollen Moldau in SEPA und in das gemeinsame Roaminggebiet integrieren, und wir unterstützen die Bemühungen des Landes, sich russischer Desinformation und Manipulation im Vorfeld der Parlamentswahlen entgegenzustellen.



© Agachi Inga, 2025

Mit der Hilfe der EU konnte Moldau 80 Familien in Bălți unterstützen, die nun in energieeffizienteren und komfortableren Wohnungen mit niedrigeren Energiekosten leben. Im Rahmen des ersten Kofinanzierungsmodells für energetische Renovierungen wurde ein 16-stöckiger Wohnblock thermisch saniert.

Was **Georgien** angeht, haben wir erneut unsere Solidarität mit der georgischen Bevölkerung und unsere Bereitschaft bekräftigt, sie auf ihrem Weg in eine europäische Zukunft weiterhin zu unterstützen.

Was die **Beitrittsverhandlungen** betrifft, so haben **Albanien** und **Montenegro** seit Beginn des Mandats neue Kapitel eröffnet oder abgeschlossen. In Bezug auf die **Ukraine** und **Moldau** hält die Kommission an ihrer Auffassung fest, dass das erste Beitrittscluster so bald wie möglich eröffnet werden sollte.

Eine gut vorbereitete und krisenfeste Union

Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass Krisen ganz plötzlich über uns hereinbrechen und sich auf grundlegende Aspekte unseres Alltagslebens auswirken können. In der heutigen Welt, die gefährlicher geworden ist, **müssen wir uns anpassen und** auf allen Ebenen der Gesellschaft **eine auf Vorsorge ausgerichtete Denkweise entwickeln**, um die anstehenden Herausforderungen zu bewältigen.

Im vergangenen Jahr hat der ehemalige finnische Präsident Sauli Niinistö einen Bericht mit dem Titel **„Safer Together – Strengthening Europe’s civilian and military preparedness and readiness“** (Gemeinsam für mehr Sicherheit: Stärkung der zivilen und militärischen Vorsorge und Bereitschaft Europas) erstellt. Aufbauend auf den Empfehlungen in dem Bericht hat die Kommission eine **Strategie der Union zur Krisenvorsorge** mit 30 Schlüsselmaßnahmen vorgelegt, um die Resilienz von Behörden und Bürgerinnen und Bürgern im Krisenfall zu erhöhen.



EU-STRATEGIE FÜR EINE UNION DER KRISENVORSORGE

WICHTIGSTE INSTRUMENTE UND MAßNAHMEN

Vorausschau und Antizipation

- Entwicklung einer umfassenden EU-Bewertung der Risiken und Bedrohungen
- Einrichtung eines „Krisen-Dashboards“ für Entscheidungsträger
- Stärkung des Zentrums für die Koordinierung von Notfallmaßnahmen
- Entwicklung eines EU-Ausbildungskatalogs und einer Plattform für gewonnene Erkenntnisse
- Einrichtung eines staatlichen Erdbeobachtungsdienstes der EU

Resilienz lebenswichtiger gesellschaftlicher Funktionen

- Systematische Verankerung der Krisenvorsorge in den Strategien und Maßnahmen der EU
- Festlegung von Mindestanforderungen an die Krisenvorsorge
- Überarbeitung des Katastrophenschutzverfahrens der Union
- Vorschlag einer EU-Bevorratungsstrategie
- Vorschlag eines Plans zur Anpassung an den Klimawandel
- Sicherstellung der Versorgung mit Wasser und anderen kritischen natürlichen Ressourcen

Vorsorge auf Ebene der Bevölkerung

- Verbesserung der Frühwarnsysteme
- Sensibilisierung für Risiken und Bedrohungen
- Entwicklung von Leitlinien zur Sicherstellung der Eigenvorsorge der Bevölkerung für mindestens 72 Stunden
- Einbeziehung der Krisenvorsorge in schulische Lehrpläne und Schulung des Bildungspersonals
- Förderung der Krisenvorsorge in Jugendprogrammen
- Anwerbung von Fachkräften zur Stärkung der Krisenvorsorge der EU

Öffentlich-private Zusammenarbeit

- Einrichtung einer öffentlich-privaten Taskforce für Krisenvorsorge
- Entwicklung öffentlich-privater Notfallprotokolle
- Überarbeitung des Rahmens für die Vergabe öffentlicher Aufträge
- Einrichtung eines Europäischen Kompetenzzentrums für Forschungssicherheit der Krisenvorsorge der EU

Zivil-militärische Zusammenarbeit

- Treffen umfassender zivil-militärischer Vereinbarungen zur Krisenvorsorge
- Entwicklung von Normen für zivil-militärische Planung und Investitionen mit doppeltem Verwendungszweck
- Organisation regelmäßiger EU-Übungen zur Förderung einer umfassenden Krisenvorsorge

Koordinierung der Krisenreaktion

- Einrichtung eines EU-Zentrums für Krisenkoordination
- Stärkung der auf EU-Ebene angesiedelten rescEU-Reserve für Bewältigungskapazitäten

Resilienz durch externe Partnerschaften

- Stärkung der gemeinsamen Resilienz mit den Kandidatenländern
- Integration von Krisenvorsorge und Resilienz in bilaterale Partnerschaften und multilaterale Institutionen
- Stärkung und Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen der EU und der NATO im Bereich Krisenvorsorge und Resilienz
- Stärkung der gemeinsamen Resilienz im Rahmen der auswärtigen Wirtschafts- und Entwicklungspolitik



Zivile Krisenvorsorge und Resilienz sind von grundlegender Bedeutung. Für den Fall, dass Behörden nicht erreichbar sein könnten, müssen **Bürgerinnen und Bürger und ihre Familien befähigt werden, eigenständig zu handeln**. Im Rahmen der vorgeschlagenen Maßnahmen will die Kommission Leitlinien entwickeln, um eine **Eigenversorgung der Bevölkerung für mindestens 72 Stunden zu erreichen**, eine Bevorratungsstrategie einführen und ein **EU-Zentrum für Krisenkoordinierung** einrichten.

Die beiden ersten Initiativen im Rahmen der Union der Krisenvorsorge wurden im Juli vorgestellt: die **Bevorratungsstrategie** und die **Strategie für medizinische Gegenmaßnahmen**. Während die erste Initiative darauf abzielt, die Verfügbarkeit lebenswichtiger Güter wie Lebensmittel, Wasser, Öl, Treibstoffe und Arzneimittel im Krisenfall sicherzustellen, ist die zweite darauf ausgerichtet, die Entwicklung, Herstellung und Zugänglichkeit kritischer Arzneimittel wie Grippeimpfstoffe, neue Antibiotika für den Fall antimikrobieller Resistenzen und Virostatika gegen durch Vektoren übertragene Krankheiten zu beschleunigen und den Zugriff auf Schutzmaßnahmen gegen chemische, biologische, radiologische und nukleare Gefahren zu verbessern.

STRATEGIE FÜR MEDIZINISCHE GEGENMAßNAHMEN – ZIELE BIS 2030

- Grippeimpfstoffe der nächsten Generation
- Neue Virostatika und Impfstoffe gegen vektorübertragene Krankheiten
- Neue Antibiotika zur Behandlung resistenter Infektionen
- Neue Diagnostika, persönliche Schutzausrüstung und Gegenmaßnahmen gegen chemische, biologische, radiologische oder nukleare Bedrohungen



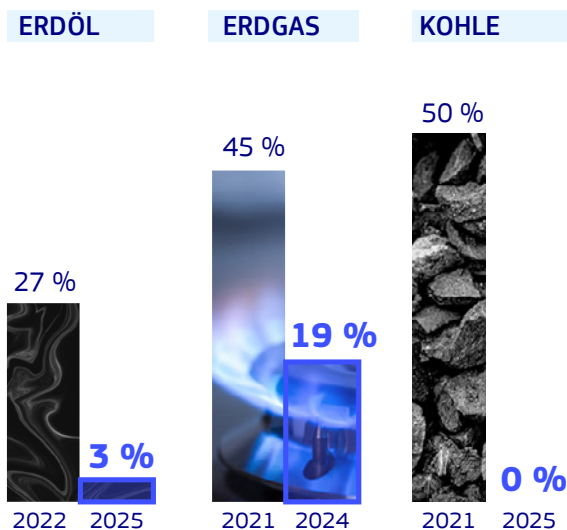
Um die Krisenbereitschaft in allen Bereichen sicherzustellen, hat die Kommission Maßnahmen ergriffen, um die Widerstandsfähigkeit und Sicherheit Europas in bestimmten Sektoren zu stärken.

Zu Beginn des Jahrzehnts importierte die EU 50 % ihrer Kohle, 45 % ihres Erdgases und 27 % ihres Öls aus Russland. Dies führte zu einer übermäßigen Abhängigkeit, die Putin ausgenutzt hat, als er seinen groß angelegten Krieg gegen die Ukraine begann.

Heute ist die Einfuhr der drei Brennstoffe entweder verboten oder massiv zurückgegangen. Dank **REPowerEU** haben wir Energie eingespart, saubere heimische Quellen gefördert und so unsere strategische Autonomie gestärkt.

REPowerEU

VERRINGERUNG DER EU-ENERGIEIMPORTE AUS RUSSLAND



Für unsere Energieversorgungssicherheit dürfen wir uns nicht auf eine feindliche Macht verlassen; zudem hält jeder Euro, der Russland nach wie vor für Energielieferungen gezahlt wird, seine Kriegsmaschine am Laufen. Mit dem neuen **REPowerEU-Fahrplan** will die Kommission **alle Einfuhren russischer Energie auslaufen lassen**. Wir werden sämtliche Gasimporte aus Russland schrittweise einstellen und das Ende der russischen Öleinfuhren bis Ende 2027 erleichtern.

Gleichzeitig werden wir unsere Unabhängigkeit und unsere Energieversorgungssicherheit erhöhen, indem wir den Strommarkt der EU stärken. Im Februar synchronisierten **Estland, Lettland und Litauen** ihre Stromnetze mit dem Stromnetz der EU und beendeten damit alle Verbindungen zu Russland und Belarus; der Schritt erfolgte nach 15 Jahren enger Zusammenarbeit, in denen **die Kommission 75 % der Investitionskosten übernahm**.



Am 9. Februar 2025 haben Litauen, Lettland und Estland in Zusammenarbeit mit Polen die Synchronisierung der Stromnetze mit dem kontinentaleuropäischen Netz erfolgreich abgeschlossen. Die EU hat dieses strategisch relevante europäische Projekt mit mehr als 1,3 Mrd. EUR unterstützt. Von nun an sind die baltischen Staaten vollständig in den EU-Energiemarkt integriert – und ihre Stromnetze werden nicht mehr von Russland verwaltet. Das stärkt ihre Unabhängigkeit und die Widerstandsfähigkeit des gesamten Elektrizitätsnetzes der EU.

In unserem Streben nach Sicherheit und Unabhängigkeit haben wir mit dem **Gesetz zu kritischen Arzneimitteln** den Aufbau einer **Europäischen Gesundheitsunion** fortgesetzt, die **Anreize für die Arzneimittelherstellung in der EU** schaffen wird.

Um übermäßige Abhängigkeiten zu verringern und den Zugang der EU zu **kritischen Rohstoffen** zu sichern, hat die Kommission im März **im Rahmen des Gesetzes zu kritischen Rohstoffen 47 strategische Projekte in 13 Mitgliedstaaten** benannt, die in Bezug auf Kapitalinvestitionen und Genehmigungsvorschriften gezielt unterstützt werden sollen. Im Juni wurden weitere **13 Projekte außerhalb der EU** ausgewählt. Sie haben ein deutliches Potenzial, einen Beitrag zur Versorgungssicherheit der EU zu leisten, und werden im Rahmen unserer Partnerschaften mit den beteiligten Ländern koordinierte Unterstützung erhalten.



Die NEO-Produktionsanlage für Magnete aus Seltenen Erden im estnischen Narva ist das erste durch den Fonds für einen gerechten Übergang unterstützte Projekt. Die Anlage wird voraussichtlich Mitte September 2025 eröffnet, und die dortige Herstellung von Seltenerd-Permanentmagneten dürfte ausreichen, um den Bau von rund 1,5 Mio. Elektroautos zu ermöglichen, was die Autonomie der EU bei kritischen Materialien erhöht.



47 strategische Projekte zur Stärkung der eigenen Kapazitäten für strategische Rohstoffe in der EU

47
Projekte in
ganz Europa



Verordnung zu kritischen Rohstoffen – Ziele:

Bis 2030 soll die EU bei mindestens **10 %** der **Gewinnung**, **40 %** der **Verarbeitung** und **25 %** des **Recyclings** unabhängig sein.

Verwaltungsgrenzen:
© EuroGeographics
© OpenStreetMap

Die auf dieser Karte dargestellten Grenzen sind nicht als offizielle Billigung oder Anerkennung seitens der Europäischen Union zu verstehen.

Cartography:
Eurostat – IMAGE, 08/2025

Wasser ist der wichtigste aller Rohstoffe.

Wasser ist eine Grundlage des Lebens und der Wirtschaft, einschließlich Landwirtschaft, Fischerei und Industrie. Die Wasservorräte Europas sind zunehmend bedroht. **Jedes Jahr sind etwa 20 % der Gebiete Europas und 30 % der Bevölkerung von Wasserstress betroffen.**

Jedes Jahr sind etwa **20 %**
der **Gebiete Europas** und
30 %
der **Bevölkerung** von Wasserstress
betroffen.

Um sich auf künftige Herausforderungen vorzubereiten, legte die Kommission im Juni eine **Wasserresilienzstrategie** mit Maßnahmen vor, um den Wasserkreislauf zu schützen, Wasserverschwendung zu reduzieren, Wasserverschmutzung, insbesondere durch PFAS, zu verhindern und sauberes und bezahlbares Wasser für alle zu gewährleisten.

Ziele der Europäischen Wasserresilienzstrategie:

Wiederherstellung
und Schutz des
Wasserkreislaufs

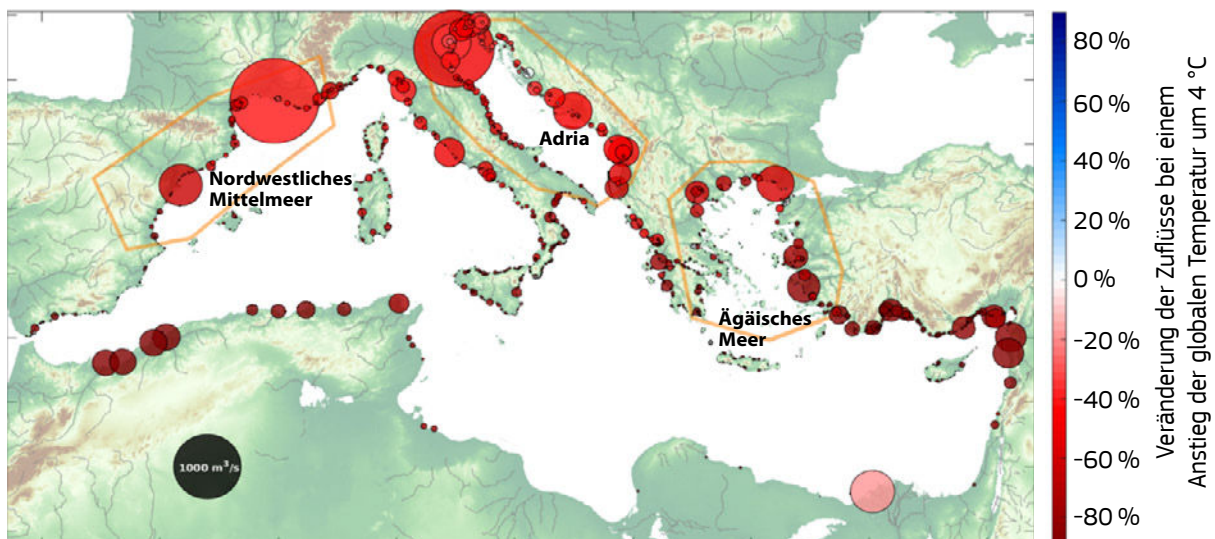
Bereitstellung von
sauberm und
erschwinglichem
Wasser und einer
Sanitätsversorgung
für alle

Aufbau einer Wirtschaft mit
intelligenter Wassernutzung,
um die Wettbewerbsfähigkeit
zu steigern und Investitionen
anzuziehen

Wenn wir gemeinsam handeln – jede und jeder Einzelne, Gemeinschaften und Behörden auf allen Ebenen – werden wir besser vorbereitet und resilienter sein, wenn die nächste Krise hereinbricht.

SÜßWASSERKNAPPHEIT BEDROHT DIE TIER- UND PFLANZENWELT DER MEERE

Der Klimawandel könnte zu einem Rückgang der Zuflüsse ins Mittelmeer um 41 % führen.



Tomáš Čermák und Anna Podmanická, zwei Studierende aus Tschechien bzw. der Slowakei, haben ein innovatives System zur Wasserreinigung entwickelt, das mithilfe von Photokatalyse und Plasma Antibiotika-Rückstände eliminiert. Das innovative System namens PURA reinigt Abwasser, indem Arzneimittelrückstände – auch von Antibiotika – entfernt werden. Das System funktioniert ohne zugefügte Chemikalien, was es umweltverträglich macht, und zielt auf Mikroverunreinigungen ab, die in konventionellen Kläranlagen oftmals nicht entfernt werden. Die beiden Studierenden haben bei The Earth Prize 2025 gesiegt, dem weltgrößten internationalen Umweltwettbewerb für 13- bis 19-Jährige.



Ein sicheres Europa

Sicherheit beginnt zu Hause. Die Welt wird gefährlicher, und die organisierte Kriminalität, Schleuser und andere Kriminelle nutzen unsere europäischen Freiheiten aus, um über Grenzen hinweg zu operieren und abzutauchen. Die Kommission ist entschlossen, die Sicherheit unserer 450 Millionen EU-Bürgerinnen und -Bürger zu schützen.

Mit der neuen **Europäischen Strategie für die innere Sicherheit** werden wir das Netz der EU-Agenturen, die für unsere Sicherheit arbeiten, stärken, damit sie geschlossen vorgehen, und wir werden uns für das neue Umfeld aus hybriden Bedrohungen, Cyberangriffen und schwerer sowie organisierter Kriminalität wappnen und in der Lage sein, darauf zu reagieren.

ProtectEU – DIE EUROPÄISCHE STRATEGIE FÜR DIE INNERE SICHERHEIT

PRIORITÄTEN UND ZENTRALE MAßNAHMEN



Die Kommission wird auch sicherstellen, dass die Strafverfolgungsbehörden legalen Zugang zu den Daten und digitalen Informationen haben, die sie benötigen.

Die EU ist zunehmend Bedrohungen der Sicherheit **kritischer Infrastrukturen und Dienste** ausgesetzt. Zum Schutz besonders vulnerabler Sektoren haben wir einen **Aktionsplan zur Verbesserung der Cybersicherheit von Krankenhäusern und Gesundheitsdienstleistern** vorgelegt und Maßnahmen zur Bewältigung einer möglichen **Gefährdung von Unterseekabeln** präsentiert, die Erkennung, Reaktion und Prävention beinhalten.

AquaHub wurde von einem Team polnischer Unternehmer gegründet, die 2024 beim EUDIS-Hackathon „Digital in Defence“ den ersten Platz belegten. Eines der revolutionärsten Module, das AquaHub entwickelt, ist ein autonomes Lade- und Andocksystem, das die Art und Weise verändert, wie die maritime Infrastruktur geschützt wird. Um Drohnen aufzuladen, müssen sie in der Regel von Menschen aus dem Wasser genommen werden, was zu langen Unterbrechungen in den Patrouillen führt. Dank der Lösung von AquaHub können Drohnen rund um die Uhr Windparks, Pipelines und Häfen überwachen und zum Aufladen automatisch zu einer Dockingstation zurückkehren, bevor sie weiter im Einsatz sind – ganz ohne menschliches Eingreifen. Das Team hat auch vom BlueInvest-Mentoringprogramm der Kommission profitiert und wertvolles Fachwissen in den Bereichen Verteidigungstechnologie, geistiges Eigentum und Teammanagement erworben.

Starke Sicherheit erfordert starke Grenzen. 2025 steht nicht nur für 40 Jahre der Freiheit und Sicherheit seit der Schaffung des **Schengen-Raums**, sondern auch für den **vollständigen Schengen-Beitritt Bulgariens und Rumäniens** am 1. Januar 2025. Derzeit können sich mehr als 450 Millionen Menschen frei in 29 europäischen Ländern bewegen.

Unsere Außengrenzen müssen sicher sein und gut kontrolliert werden. Durch eine intensivierte Zusammenarbeit mit den Nachbarländern, die Verstärkung unserer Bemühungen bei der Bekämpfung der Schleuserkriminalität und entschlossene Maßnahmen, um gegen den Einsatz von Migration als Waffe vorzugehen, ist die Zahl der unerlaubten Grenzübertritte in die Europäische Union wesentlich zurückgegangen.

Die bisher umgesetzten Maßnahmen zeigen bereits Wirkung. Im ersten Halbjahr 2025 gingen **die illegalen Grenzübertritte in die EU** im Vergleich zum ersten Halbjahr 2024 **um 21 % zurück**.



Das **Migrations- und Asylpaket** ist unser wichtigstes Instrument, um die Migration fair und solide zu steuern und gleichzeitig Solidarität mit den Mitgliedstaaten zu zeigen, die einem starken Migrationsdruck ausgesetzt sind.

Im Juni 2025 legte die Kommission einen Bericht über die auf EU-Ebene und von den Mitgliedstaaten getroffenen Vorbereitungen für die Umsetzung des Pakets ab Juni 2026 vor.

In dem Bericht werden wichtige Fortschritte sowie die noch zu bewältigenden Herausforderungen hervorgehoben.

Vor diesem Hintergrund hat die Kommission Schlüsselemente des Pakets vorgezogen, um die Mitgliedstaaten bei der Vorbereitung seiner Umsetzung ab Juni 2026 zu unterstützen. Wir haben eine erste **EU-Liste sicherer Herkunftsstaaten** und eine Vereinfachung des Konzepts des **sicheren Drittstaats** vorgeschlagen, um die Asylverfahren zu beschleunigen und gleichzeitig die Achtung der Grundrechte zu gewährleisten.

Wir müssen auch mehr Rückkehranordnungen für Menschen, die kein Recht auf Aufenthalt in der EU haben, ausführen. Das **gemeinsame europäische Rückkehrsystem** wird die gegenseitige Anerkennung von Rückkehrentscheidungen zwischen den Mitgliedstaaten ermöglichen und eine **Europäische Rückkehranordnung** schaffen.

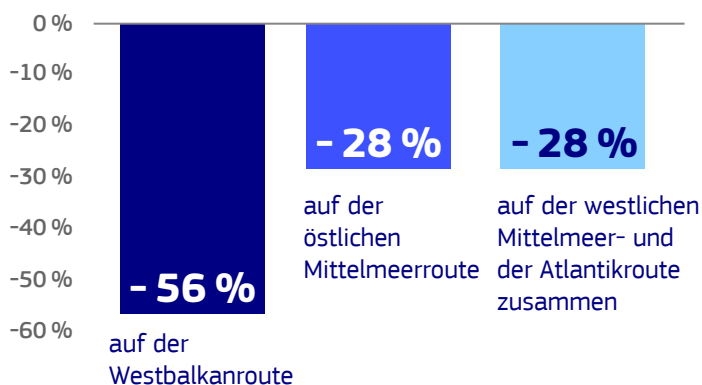
Darüber hinaus eröffnet der Vorschlag die Möglichkeit, **Rückkehrzentren in Drittstaaten** einzurichten: Menschen, gegen die eine Rückkehrentscheidung ergangen ist und die sich illegal in der EU aufhalten, könnten unter uneingeschränkter Achtung der Grundrechte in einen Drittstaat rückgeführt werden und dort auf die Rückkehr in ihr Herkunftsland warten.

Wir werden unsere internationalen Verpflichtungen stets einhalten. Das Asylsystem aber muss für alle funktionieren und darf nicht von denjenigen missbraucht werden, die kein Recht auf internationalen Schutz haben. Dies ist die Migrations- und Asylpolitik, die wir verfolgen – **sowohl fair als auch entschlossen**.

RÜCKGANG DER ILLEGALEN GRENZÜBERTRITTE IN DIE EU IM JAHR 2025 (*)

- 21 %
in ganz Europa

(*) Erstes Halbjahr 2025 verglichen mit dem gleichen Zeitraum im Jahr 2024.



Ein verlässlicher globaler Partner

Die Welt ist ein zunehmend unberechenbarer Ort. Die internationalen Beziehungen wandeln sich. Was einst sicher schien, ist es heute nicht mehr.

Wir müssen unsere wirtschaftliche Sicherheit stärken. Die **EU bleibt offen für Handel und Zusammenarbeit**, jedoch werden wir die Interessen unserer Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen immer verteidigen und sie vor unlauteren Handelspraktiken schützen.

In diesem schwierigen geopolitischen Kontext **ist die EU zur Partnerin der Wahl für zuverlässigen und regelbasierten Handel und Investitionen geworden**. In den vergangenen Monaten haben sich Länder aus der ganzen Welt an die EU gewandt, um **neue Handelsvereinbarungen und Partnerschaftsabkommen auszuhandeln oder bestehende zu aktualisieren**. Sie wissen, was wir alles zu bieten haben. Wir sind zuverlässig. Wir halten uns an die Regeln. Unsere Industrie liefert, und Geschäftsbeziehungen mit uns sind gut für die Wirtschaft.

Wir haben **erhebliche Fortschritte bei wichtigen Handelsverhandlungen** erzielt, vom **Mercosur** bis **Indien** und von **Mexiko** bis **Indonesien**. Wir haben eine neue Phase unserer bilateralen Beziehungen zum **Vereinigten Königreich** und zur **Schweiz** eingeleitet. Und wir haben die Beziehungen zu anderen wichtigen Regionen wie **Zentralasien** verstärkt.

Die **Vereinigten Staaten** sind der größte Handelspartner der EU. Unser Handel beläuft sich jährlich auf einen Wert von 1,6 Billionen EUR; somit ist unsere Handelspartnerschaft die größte der Welt. Gemeinsam **haben wir uns auf ein Abkommen geeinigt, das Stabilität in unserer Partnerschaft und Vorhersehbarkeit für unsere Unternehmen und Verbraucherinnen und Verbraucher gewährleistet**.

Unsere **Global-Gateway-Strategie** ist weltweit zu einer vertrauenswürdigen Quelle für Investitionen geworden, die gute Arbeitsplätze vor Ort schafft und weltweit einen Mehrwert generiert. **Sie hat fast 180 Mrd. EUR an öffentlichen und privaten Investitionen mobilisiert – und wir sind auf gutem Weg, das ursprüngliche Ziel von 300 Mrd. EUR in sieben Jahren zu übertreffen.**

Öffentliche und private Investitionen im Rahmen von Global Gateway

Ziel: 300 Mrd. EUR bis 2027

→ Auf gutem Weg, das ursprüngliche Ziel zu übertreffen.



Europa hat **die Solidarität, die wir zu Hause praktizieren, auch ins Ausland gebracht**. Wir sind an einer **ehrgeizigen multilateralen Agenda** beteiligt, die vom **Klima- und Umweltschutz bis zur Pandemieprävention** reicht. **Und nicht zuletzt sind wir nach wie vor der weltweit größte Geber internationaler Hilfe und ein führender Geber humanitärer Hilfe.**

Eine neue Ära der Partnerschaften und Handelsvereinbarungen

Die EU verfügt über ein großes Netz von Handelsabkommen: **44 Abkommen mit 76 Handelspartnern**. Wir arbeiten daran, **neue Partnerschaften aufzubauen und die bestehenden zu vertiefen**.

Die jüngsten Handelsstreitigkeiten haben gezeigt, wie wichtig es ist, unseren Handel zu diversifizieren und nach ungenutztem Potenzial zu suchen, um unsere wirtschaftliche Sicherheit zu erhöhen und übermäßige Abhängigkeiten zu verringern. **Während die Vereinigten Staaten mit 20 % unseres Handels nach wie vor der wichtigste Handelspartner der EU sind, beläuft sich der Handel mit anderen Ländern auf die übrigen 80 %, und viele dieser Länder sind daran interessiert, ihre Beziehungen zu uns zu intensivieren.**

Technilum, ein auf Elemente für die städtische Beleuchtung spezialisiertes französisches Unternehmen, konnte seine Exporte nach Kanada beträchtlich ausweiten – dank des Handelsabkommens zwischen der EU und Kanada (CETA). Durch das Abkommen fielen Zölle in Höhe von 7 % weg, wodurch die Produkte von Technilum wettbewerbsfähiger wurden. Dadurch konnte sich Technilum Großprojekte in Städten wie Ottawa, Vancouver und Calgary sichern und verzeichnete Wachstumsraten von knapp 80 % auf dem kanadischen Markt. Das Unternehmen produziert in Frankreich und unterstützt so die dortige Beschäftigung.

Die EU – eine Partnerin der Wahl



**44
Abkommen
mit
76
Handelspartnern**

© Adobe Stock



© Grounded by bed, 2021

In den vergangenen Monaten hat die Kommission die Verhandlungen über ehrgeizige Partnerschaften mit dem **Mercosur und Mexiko** abgeschlossen; und sie hat eine politische Einigung über eine Vereinbarung mit **Indonesien**, einer der größten Demokratien der Welt, erzielt.

Wir sind in unseren Handelsverhandlungen mit **Indien** vorangekommen, da sich Präsidentin von der Leyen und Premierminister Modi darauf verständigt haben, eine Einigung noch in diesem Jahr anzustreben. Zudem haben sich beide Seiten verpflichtet, **eine gemeinsame strategische Agenda** zu beschließen, bei der es um globale Fragen, die Erhöhung der Sicherheit und die Förderung des gegenseitigen Wohlstands geht.

Die Handelsverhandlungen mit **Malaysia** wurden wieder aufgenommen; mit den **Vereinigten Arabischen Emiraten** haben wir Handelsverhandlungen eingetreten; mit der **Republik Korea und Singapur** haben wir Abkommen über den digitalen Handel geschlossen, die im Zuge der Anpassung langjähriger Partnerschaften an die Erfordernisse des digitalen Zeitalters besonders wichtig sind.

Mit **Südafrika** haben wir Verhandlungen über unsere erste Partnerschaft für **sauberen Handel und Investitionen** aufgenommen. Diese wird den Handel mit kritischen Mineralien und sauberer Energie vereinfachen und zur Entwicklung strategischer Industriezweige in dem Land beitragen, damit dort dauerhaft gute Arbeitsplätze und Wertschöpfung ermöglicht werden. Gleichzeitig wird sie vor dem Hintergrund des grünen Wandels der Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen zugutekommen.

Was schließlich die **Vereinigten Staaten** betrifft, mit denen wir jährlich Handel mit einem Volumen von 1,6 Billionen EUR betreiben, gewährleistet die im Juli erzielte Vereinbarung zwischen Präsidentin von der Leyen und Präsident Trump die dringend benötigte **Stabilität und Vorhersehbarkeit für Unternehmen und Verbraucherinnen und Verbraucher in der EU**. Das Abkommen umfasst eine Zoll-Obergrenze von 15 % für die überwiegende Mehrheit der Produkte – so können EU-Ausführer auf dem wichtigen US-Markt wettbewerbsfähig bleiben.

Wir haben uns auch auf eine Sonderregelung mit niedrigeren Zöllen für ausgewählte Produkte wie Flugzeuge und Generika geeinigt, und wir werden weiter daran arbeiten, mehr Produkte in diese Niedrigzollregelung aufzunehmen. Gleichzeitig verfolgen wir das Ziel, unsere Abhängigkeit von russischer Energie zu beenden, indem wir Flüssigerdgas, Öl und Kernenergieprodukte aus den USA beschaffen. Außerdem werden wir durch eine stetige Versorgung europäischer Rechenzentren mit Halbleitern aus den USA unsere KI-Kapazitäten absichern.

Während wir unsere Handelspartnerschaften auf der ganzen Welt ausbauen, setzen wir auch die Verhandlungen fort, um die **Reform der Zollunion** voranzubringen, die den internationalen Handel weiter fördern und gleichzeitig unsere wirtschaftliche Sicherheit schützen wird.

Global Gateway unterstützt weiterhin intelligente und nachhaltige Infrastruktur und Konnektivität weltweit. Ein **Investitionspaket in Höhe von 4,7 Mrd. EUR** wird Südafrika bei der Verwirklichung einer gerechten und sauberen Energiewende unterstützen. Wir finanzieren Berufsbildungsprogramme in **Angola**, damit die angolansische Bevölkerung Kompetenzen erwerben und an der Entwicklung des **Lobito-Korridors** arbeiten kann. Darüber hinaus wird sich das Unterseekabel **Blue Raman**, das Indien und Europa über Dschibuti miteinander verbinden wird, künftig auch auf **Kenia, Somalia und Tansania** erstrecken, um Ostafrika an die digitalen Märkte anzuschließen.

Präsidentin von der Leyen und der südafrikanische Präsident Ramaphosa haben sich ebenfalls zusammengetan, um die Energiewende in Afrika mit der Initiative **„Scaling up renewables in Africa“** für den Ausbau erneuerbarer Energien voranzubringen.

In **Lateinamerika und der Karibik** fördern wir den Ausbau des Satelliten-Breitbands. In **Barbados** unterstützen wir ein Projekt zur Speicherung von grünem Wasserstoff sowie die Arzneimittelforschung und -herstellung, wodurch die Resilienz der gesamten Region im Gesundheitsbereich gestärkt wird.

DAS ABKOMMEN ZWISCHEN DER EU UND DEN USA

Die transatlantischen Beziehungen sind mit **1,6 Billionen EUR** jährlich die Wirtschaftsbeziehungen mit dem weltweit größten Handelsvolumen.



Gewährleistung eines kontinuierlichen und wettbewerbsfähigen Zugangs zum US-Markt für EU-Ausfuhren



Sicherung von Millionen von Arbeitsplätzen in der EU



Aufrechterhaltung der eng miteinander verknüpften transatlantischen Wertschöpfungsketten, die sich häufig auf europäische KMU stützen



Höchstzollsatz von 15 % für EU-Erzeugnisse



Obergrenze von 15 % für EU-Ausfuhren von Kraftfahrzeugen, Arzneimitteln, Halbleitern und Holz



Ausnahmeregelung mit niedrigen Zöllen für EU-Erzeugnisse wie Flugzeuge, Kork und Generika



Bekenntnis zur weiteren Senkung der Zölle in einer Reihe von Bereichen



Stärkung der Zusammenarbeit im Bereich der wirtschaftlichen Sicherheit



Zusammenarbeit im Stahl- und Aluminiumhandel



Zuverlässige Versorgung mit Energieerzeugnissen aus den USA zur schnelleren Abkehr der EU von fossilen Brennstoffen aus Russland

Darüber hinaus wurde auf dem **ersten Gipfeltreffen EU-Zentralasien** im April eine **strategische Partnerschaft** zwischen der EU und den fünf zentralasiatischen Ländern geschlossen. Als erstes Zeichen für die neuen Impulse in den Beziehungen wird ein **Global-Gateway-Investitionspaket in Höhe von 12 Mrd. EUR** die Zusammenarbeit in den Bereichen Klima, Energie und kritische Rohstoffe unterstützen.

Wir haben auch unsere Beziehungen zu unseren langjährigen Partnern vertieft. So haben wir die Verhandlungen mit der **Schweiz** über mehrere Abkommen abgeschlossen, mit denen unsere Partnerschaft gestärkt und ausgeweitet werden soll. Dabei ging es um die Teilnahme der Schweiz am EU-Binnenmarkt, am EU-Strommarkt und an Leitprogrammen wie Horizon Europe, Digitales Europa und Erasmus+ sowie um eine neue Vereinbarung über ihren finanziellen Beitrag zum wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt der EU.

Auch in unseren bilateralen Beziehungen zum **Vereinigten Königreich** haben wir ein neues Kapitel aufgeschlagen. Im Mai haben wir eine **Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft** geschlossen. Wir haben uns im **Bereich Fischerei auf einen gegenseitigen Zugang zu den Gewässern der jeweils anderen Seite bis 2038** geeinigt und streben ein **gesundheitsspolizeiliches und pflanzenschutzrechtliches Abkommen** an. Außerdem werden wir hinarbeiten auf die **Verknüpfung der Emissionshandelssysteme beider Seiten**, die Assoziierung des Vereinigten Königreichs **mit Erasmus+** und ein **Jugenderfahrungsprogramm**, das es jungen Menschen beider Seiten ermöglicht, im Ausland zu arbeiten, zu studieren, eine Ausbildung zu absolvieren oder Kontakte zu knüpfen.

Darüber hinaus haben wir im Juni eine Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft mit **Kanada** geschlossen – in Kürze werden wir zudem Verhandlungen über ein Abkommen über den digitalen Handel aufnehmen. Mit **Island** werden wir eine weitere Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft aushandeln; zudem haben wir vereinbart, die Zusammenarbeit in den Bereichen Fischerei, Meerespolitik und Arktis zu intensivieren.

Mit **Japan**, einem unserer engsten Partner in Ostasien, haben wir eine **Allianz für Wettbewerbsfähigkeit** auf den Weg gebracht, die auf intensiverem bilateralen Handel, verstärkter wirtschaftlicher Sicherheit und mehr Zusammenarbeit bei Innovationen sowie bei der Energiewende und beim digitalen Wandel basiert. Die Kooperation im Verteidigungsbereich wird im Rahmen unserer bestehenden Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft ebenfalls gefestigt.

Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaften der EU mit:

Albanien



Republik Korea



Norwegen



Kanada



Moldau



Vereinigtes Königreich



Japan



Nordmazedonien



Verhandlungen mit:

Australien



Island



Einsatz für Frieden im Nahen Osten und Wohlstand im Mittelmeerraum

Wohlstand im Mittelmeerraum zählt zu den strategischen Interessen der Europäischen Union bei ihren Bestrebungen, ihre Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern, ihre Sicherheit zu erhöhen und die Migration zu steuern.

Wir wollen zusammen mit den Partnern Europas auf der anderen Seite des Mittelmeers einen neuen Pakt für die Region entwerfen.

Nirgends im Mittelmeerraum wird Frieden dringender gebraucht als im **Nahen Osten**, und ganz besonders im **Gazastreifen**. Wir haben uns weiter für den Frieden eingesetzt und einen Waffenstillstand, den uneingeschränkten Zugang zu humanitärer Hilfe im Gazastreifen und die bedingungslose Freilassung aller Geiseln gefordert. Unser Engagement für einen gerechten, umfassenden und dauerhaften Frieden auf der Grundlage einer **Zweistaatenlösung** bleibt unerschütterlich.

Die EU ist nach wie vor der bei Weitem **wichtigste internationale Geldgeber und Geber humanitärer Hilfe für Palästinenserinnen und Palästinenser**. Wir haben die humanitäre Hilfe für Gaza erheblich aufgestockt. In diesem Jahr hat die EU bereits mehr als 170 Mio. EUR an humanitärer Hilfe bereitgestellt. Über unsere humanitären Luftbrücken wurden über 4 900 Tonnen lebensrettender Hilfsgüter geliefert, und wir haben zur Evakuierung Hunderter Patientinnen und Patienten, die medizinische Hilfe benötigten, beigetragen.

Nach einer **Überprüfung von Artikel 2 des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und Israel** schlug die Kommission im Juli vor, die Beteiligung Israels am Programm Horizon Europe teilweise auszusetzen. Israel hat zwar einige seiner Zusagen im Zusammenhang mit der Vereinbarung über humanitäre Hilfe für Gaza und

den Zugang zum Gazastreifen erfüllt, jedoch ist die Lage nach wie vor ernst.

Die Stabilität in der Region hängt von einer **etablierten, gut funktionierenden Palästinensischen Behörde** ab, die das gesamte Westjordanland und den Gazastreifen kontrolliert. Um dieses Ziel voranzubringen, stellt die Kommission **zwischen 2025 und 2027** Unterstützung in Höhe von **bis zu 1,6 Mrd. EUR** bereit, um das Funktionieren der öffentlichen Verwaltung und die wirtschaftliche Erholung vor Ort zu fördern.

Ferner unterstützen wir das **Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA)** bei der Bereitstellung von Bildung, medizinischer Grundversorgung und Soforthilfe für palästinensische Flüchtlinge in der Region.



©UNICEF, 2019

Weiter im Norden haben wir uns seit dem Sturz des Baschar al-Assad-Regimes in **Syrien** bemüht, der syrischen Bevölkerung beim Wiederaufbau eines Landes beizustehen, **in dem nationale Minderheiten geachtet und geschützt werden**. Im Dezember startete die Kommission eine humanitäre Luftbrücke, um die Bedürftigsten in Syrien zu unterstützen. Im März haben die Kommission und die Mitgliedstaaten auf der Konferenz „**An der Seite Syriens: die**

Grundlagen für einen erfolgreichen Übergang schaffen“ insgesamt 5,8 Mrd. EUR zugesagt.

Später – im Juni – schlug die Kommission zusätzliche Unterstützung in Höhe von **175 Mio. EUR** vor, um auf den Fortschritten aufzubauen, die durch den Beschluss der EU zur Aufhebung der Wirtschaftssanktionen gegen das Land erzielt wurden. Mit den neuen Mitteln werden die institutionelle Entwicklung Syriens und von der Bevölkerung getragene Initiativen unterstützt.

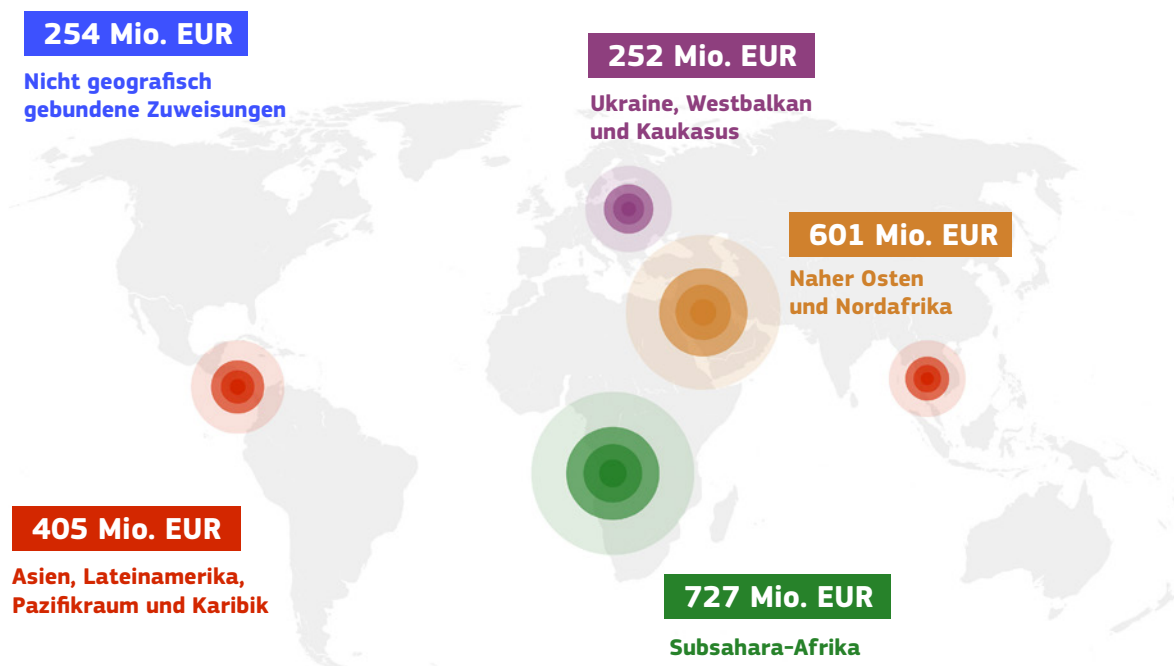
Ein Akteur für Frieden und Solidarität in der Welt

Die EU ist der weltweit größte Geber internationaler Hilfe und einer der wichtigsten Geber humanitärer Hilfe. Diese Rolle hat noch an Bedeutung gewonnen,

da andere Geber ihre Mittel für humanitäre Hilfe gekürzt haben. Wir wissen, dass die **Unterstützung der EU an vielen Orten weltweit überlebenswichtig ist.**

HUMANITÄRE HILFE DER EU 2025

Gesamtmittelausstattung: 2,2 Mrd. EUR



Stand August 2025

Im Mai hat die Kommission auf dem **Europäischen Forum für humanitäre Hilfe für das Jahr 2025 2,3 Mrd. EUR** zugesagt, um den dringendsten humanitären Bedarf infolge der Konflikte in der **Ukraine, im Gazastreifen und im Sudan** zu decken.

Dank der EU-Mittel betreibt das International Rescue Committee Gesundheitskliniken in Lagern für Binnenvertriebene und Flüchtlinge, unter anderem in Gedaref im Osten Sudans. Diese Kliniken sind überlebenswichtig für vertriebene Frauen und Mädchen, die unverhältnismäßig stark von der Krise betroffen sind. Frauen und Mädchen machen den größten Teil der Vertriebenen aus, und mehr als 12 Millionen Frauen und Mädchen im Sudan sind von geschlechtsspezifischer Gewalt bedroht. Die Einrichtungen ermöglichen Frauen und Mädchen den Zugang zu notwendiger medizinischer Versorgung im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit, indem sie strenge Maßnahmen zur Prävention und Bekämpfung von Infektionen aufrechterhalten, sichere Räume mit Handwaschstationen, Toiletten und Abfallbewirtschaftungssystemen bereitstellen, aber auch Beratung und Unterstützung anbieten.

Darüber hinaus leistet die Kommission für die Bedürftigsten in Afghanistan, Jemen, Lateinamerika und der Karibik, am Horn von Afrika, in West- und Zentralafrika und im südlichen Afrika, in der Region Indischer Ozean und in den von der Rohingya-Flüchtlingskrise betroffenen Gebieten unschätzbar wichtige humanitäre Hilfe.

Weltweit hat die Kommission weitere **3,4 Mrd. EUR zur Bekämpfung der Unterernährung in der Welt** zugesagt, mit einem besonderen Schwerpunkt auf Kindern unter fünf Jahren sowie schwangeren und stillenden Frauen.

Im Falle von Krisen innerhalb und außerhalb Europas übernimmt das **Zentrum für die Koordination von Notfallmaßnahmen (ERCC) der Kommission** weiterhin eine zentrale Rolle bei der gemeinsamen Reaktion der EU. Das ERCC wurde zu einem echten Krisenkoordinierungszentrum ausgebaut. Im Rahmen des **Katastrophenschutzverfahrens der Union** koordinieren die Kommission, die Mitgliedstaaten und die assoziierten Länder die Bereitstellung der von den Partnern benötigten Hilfe.

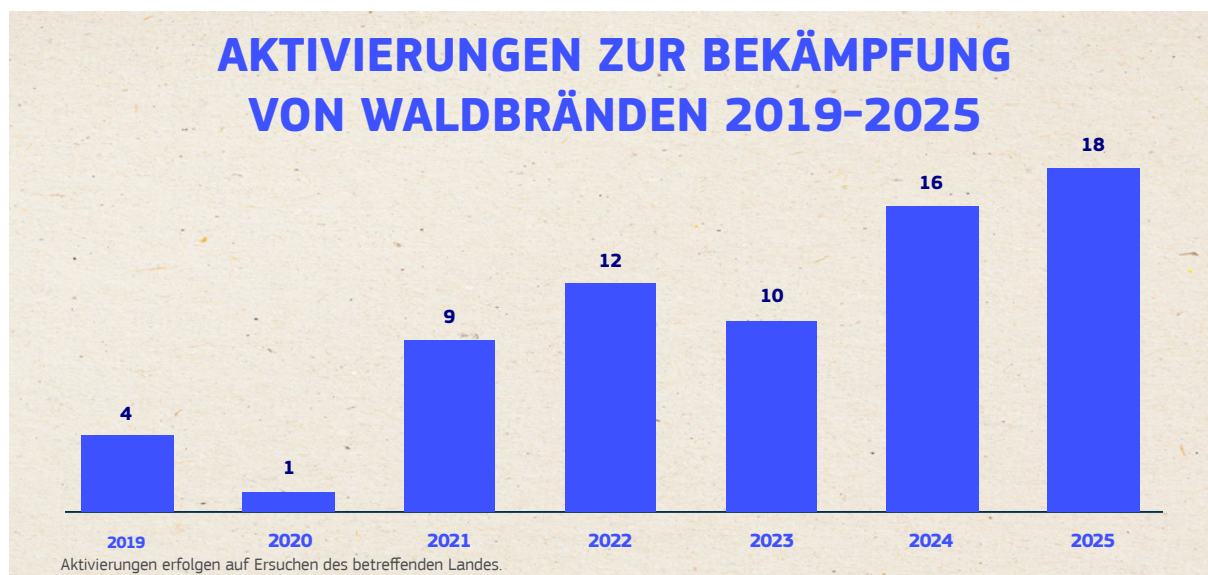
So war es uns möglich, auf Krisen in der ganzen Welt zu reagieren. Beispielsweise **haben wir über 4 900 Tonnen humanitärer Hilfsgüter auf dem Luft-, Land- und Seeweg nach Gaza geliefert**. Dank zusätzlicher humanitärer Maßnahmen wurde im April nach einem verheerenden Erdbeben der Stärke 7,9 in **Myanmar/Birma**, bei dem mehr als 5 000 Menschen ums Leben kamen, Hilfe ins Land gebracht. Im Rahmen eines weiteren Einsatzes wurde im Dezember nach dem Wirbelsturm Chido in **Mosambik** Hilfe geleistet.





Ein sehr konkretes Beispiel für die Solidarität der EU ist unsere **lebensrettende medizinische Unterstützung**. Die Kommission hat **medizinische Evakuierungen in der Ukraine und im Gazastreifen** koordiniert, damit die medizinische Behandlung der kritischsten Fälle in europäischen Krankenhäusern fortgesetzt werden konnte. Außerdem wurden nach der Brandkatastrophe in einem Nachtclub in der nordmazedonischen Stadt Kočani **40 Patientinnen und Patienten mit schweren Verbrennungen zur Behandlung in verschiedene Mitgliedstaaten evakuiert**.

Als dieses Jahr mehrere Länder in der Sommersaison von schweren Waldbränden heimgesucht wurden, hat das ERCC zudem den Einsatz von Feuerwehrleuten und Flugzeugen auf dem ganzen Kontinent organisiert und koordiniert. Mitte August hatte die Zahl der Aktivierungen des Katastrophenschutzverfahrens der Union für die Saison bereits die Gesamtzahl der Waldbrände im Jahr 2024 überschritten: **Dank der Solidarität der EU** haben elf Länder – von Portugal und Spanien bis hin zu Bulgarien und Bosnien und Herzegowina – **Unterstützung bei der Bekämpfung von Waldbränden beantragt und erhalten**.



Vorreiter der globalen Zusammenarbeit

Genau wie im Inneren **setzen wir uns auch außerhalb der Union dafür ein, Konsens und Einigkeit zu erzielen**. Kein Land auf der Erde ist gegen die Auswirkungen des Klimawandels, gegen Umweltzerstörung, Terrorismus oder organisierte Kriminalität, die auch digitale Mittel einsetzt, immun. Eine berechenbare, regelbasierte internationale Ordnung ermöglicht es uns allen, diese Herausforderungen gemeinsam anzugehen.

Im Mai wurde in Genf ein **Pandemieabkommen der Weltgesundheitsorganisation** zur Bewältigung globaler Gesundheitskrisen angenommen, bei dem die Lehren aus der COVID-19-Pandemie gezogen werden. An den Verhandlungen war die Kommission im Namen der Mitgliedstaaten beteiligt.

Ebenso haben wir uns dafür stark gemacht, die Immunisierungsbemühungen weltweit zu verstärken, was angesichts des derzeitigen Rückgangs der verfügbaren Ressourcen von besonderer Bedeutung ist. Im Juni haben die EU und die Gates Foundation in Brüssel gemeinsam den **Weltgipfel zum Thema Gesundheit und Wohlstand durch Immunisierung** ausgerichtet. Bei der Geberveranstaltung wurden für den Zeitraum 2026–2030 Zusagen in Höhe von mehr als 7,7 Mrd. EUR für die Impfallianz GAVI erzielt.

Mit diesen Mitteln kommt die Impfallianz GAVI ihrem Ziel näher, dank ihrer Impfstoffbestände 500 Millionen Kinder vor vermeidbaren Krankheiten und die Welt vor tödlichen Krankheitsausbrüchen zu schützen.

Die Kommission hat auch die Ratifizierung des Übereinkommens über die biologische Vielfalt der Meere von Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse vorangetrieben, das dem Schutz der biologischen Vielfalt auf Hoher See dient. Der Vertrag muss von mindestens 60 Ländern ratifiziert werden, allerdings ist dieser Prozess in letzter Zeit ins Stocken geraten. Als Reaktion darauf hat die Kommission **300 Mio. EUR zugesagt**, um die Bemühungen der Partnerländer um die Erhaltung der biologischen Vielfalt der Meere, die möglichst rasche Ratifizierung des Vertrags und eine bessere Meerespolitik zu unterstützen.

„Plastic-Free Youth“ ist ein Jugendaustauschprojekt im Rahmen von Erasmus+, bei dem die Bekämpfung des Klimawandels im Mittelpunkt steht. Im Rahmen des Projekts kommen junge Menschen mit unterschiedlichem Hintergrund aus vier verschiedenen Mitgliedstaaten (Spanien, Frankreich, Rumänien und Kroatien) zusammen, um sich mit Problemen der Meeresverschmutzung und dem Schutz der Tier- und Pflanzenwelt auf Fuerteventura zu befassen. Die Teilnehmenden erfahren, welche Auswirkungen die Menschen auf die Umwelt haben, indem sie Müll sammeln, mehr über Mikroplastik lernen und bestimmte Daten über den aktuellen Zustand der Küste erfassen.



WARUM SIND DIE MEERE WICHTIG?

Die Meere bilden die Grundlage des Lebens auf der Erde, bieten ein breites Spektrum an Ressourcen, Vorteilen und Dienstleistungen und spielen eine wesentliche Rolle im Hinblick auf Ernährungssicherheit, Energieerzeugung und Daten. Außerdem sind die Meere von entscheidender Bedeutung für den Wohlstand und die Wettbewerbsfähigkeit der blauen Wirtschaft der EU.



> 70 %
der Erdoberfläche



5 Millionen
Arbeitsplätze in der EU



80 %
der weltweiten Biodiversität



99 %
des weltweiten
Internetverkehrs laufen über
Unterwasserkabel.



74 %
des Außenhandels der EU werden
über den Seeverkehr abgewickelt.



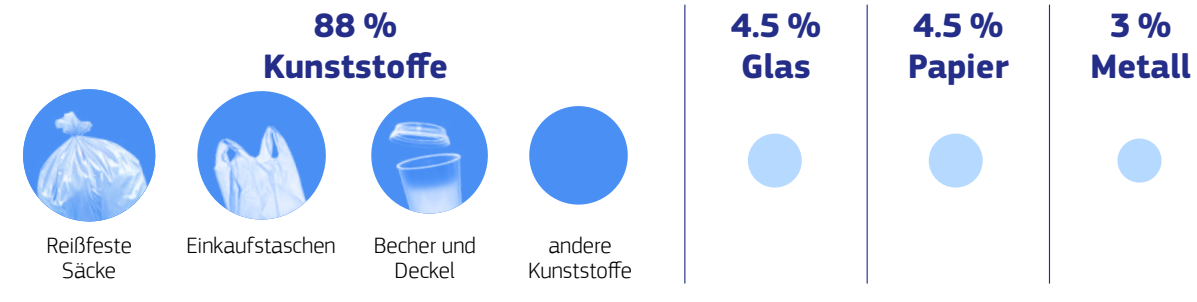
± 50 %
des erzeugten Sauerstoffs
auf unserem Planeten

Europa hat eine Küstenlinie von über 70 000 Kilometern und ist damit ein Kontinent der Meere. Jeder fünfte Europäer lebt an der Küste. Die Meere bieten nachhaltige Lebensmittel und einen unerschöpflichen Vorrat an sauberer Energie. Sie stellen die Grundlage für drei Viertel des europäischen Handels dar und wirken als Klimapuffer. Aus diesem Grund hat die Kommission einen **Europäischen Pakt für die Meere** ausgearbeitet, der auf der **Ozeankonferenz der Vereinten Nationen** vorgestellt wurde. Er wird der Wiederherstellung der Gesundheit der Meere, der Unterstützung von Küsten- und Inselgemeinden, der Förderung der Meeresforschung, der erhöhten Sicherheit des Seeverkehrs und der Förderung einer nachhaltigen und wettbewerbsfähigen blauen Wirtschaft dienen.

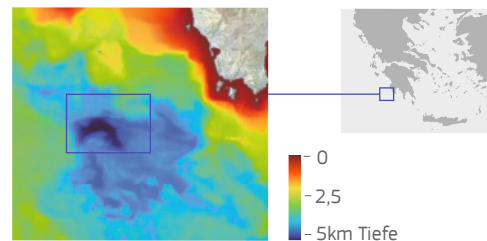
Da der Kampf für den Schutz unserer Meere eine globale Herausforderung ist, müssen wir ein starkes globales Bündnis aufbauen und einander unterstützen. **Für Investitionen in Projekte**, mit denen **weltweit** Forschende und Menschen, deren Existenzgrundlage die Meere sind, unterstützt werden sollen, hat die Kommission **1 Mrd. EUR** zugesagt.

TIEFSEEMÜLL

Abfälle im Meer:



**> 26 000
Abfallobjekte/km²**
gefunden am Meeresboden
des Calypsotiefs (Mittelmeer)



© Adobe Stock

Da Europa seine **Verpflichtung zur Klimaneutralität bis 2050 bekräftigt**, unterstützen wir auch unsere Partner weiterhin bei der Verwirklichung ihrer eigenen Klimaziele. Wir haben nur eine Erde, und wir alle sind von steigenden Temperaturen und immer häufigeren Extremwetterereignissen betroffen. Wir arbeiten mit den Mitgliedstaaten und globalen Partnern zusammen, um sicherzustellen, dass die **UN-Klimakonferenz COP30**, die Ende des Jahres in Brasilien stattfinden wird und auf der die nationalen Verpflichtungen neu festgesetzt werden, dazu genutzt wird, unsere globalen Bemühungen zu intensivieren und unsere Entschlossenheit zu unterstreichen.

Um den Schwung der Energiewende beizubehalten und mehr Investitionen zu mobilisieren, hat die Kommission im Januar gemeinsam mit der Internationalen Energieagentur das **globale Forum für die Energiewende** (Global Energy Transition Forum) ins Leben gerufen. Es wird dazu beitragen, die von internationalen Führungsspitzen auf der COP28 vereinbarten Ziele – Verdreifachung des Anteils erneuerbarer Energien und Verdopplung der Energieeffizienz bis 2030 – zu erreichen.

Neben der Energiewende ist die EU auch beim **digitalen Wandel** weltweit führend. Im Juni haben die Kommission und die Hohe Vertreterin eine **internationale Digitalstrategie** vorgelegt, um die digitale Zusammenarbeit mit Partnern im Ausland anzustoßen.

Im Rahmen der Strategie wird die Kommission sich um eine Ausweitung ihrer Partnerschaften bemühen, indem sie in den digitalen Wandel in anderen Ländern investiert, insbesondere in KI, digitale öffentliche Infrastruktur im Bereich 5G/6G, in Cybersicherheit und in die globale digitale Governance.

Ein demokratisches Europa mit einem zukunftsfähigen Haushalt

Europa legt einen Gang zu, um den Herausforderungen von heute und morgen gerecht zu werden. Die Kommission ist entschlossen, unserer Union Instrumente an die Hand zu geben, die sie in den kommenden Jahren benötigt. Gleichzeitig bedeutet Anpassungsfähigkeit nicht, dass wir unsere Werte und die Säulen, auf denen die EU aufgebaut ist, nämlich **Frieden, Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit**, aufgeben.

Unsere Demokratie muss jeden Tag geschützt und genährt werden. In einer Demokratie ist sichergestellt, dass die Bürgerinnen und Bürger ihre Meinung frei äußern, über ihre Zukunft mitentscheiden, am demokratischen Leben teilhaben und ihre Grundrechte uneingeschränkt wahrnehmen können.

Dies beginnt mit dem Pluralismus und der Unabhängigkeit der Medien – einem wichtigen Grundpfeiler der europäischen Demokratie. Im August 2025 trat das **Europäische Medienfreiheitsgesetz** in vollem Umfang in Kraft. Es bietet einen besseren Schutz der redaktionellen Unabhängigkeit und journalistischen Quellen, mehr Garantien für die unabhängige Funktionsweise der Medien sowie eine erhöhte Transparenz hinsichtlich der Eigentumsverhältnisse im Medienbereich.

Europas Demokratie, Sicherheit und Wirtschaft beruhen auf der Rechtsstaatlichkeit. Sie ist der Eckpfeiler, wenn es darum geht, die Werte der EU in greifbare Vorteile für die Europäerinnen und Europäer umzusetzen und Stabilität, Gleichheit, sozialen Zusammenhalt und Wettbewerbsfähigkeit zu fördern. Daher arbeiten wir ständig daran, sie zu wahren.

Seit seiner Einführung im Jahr 2020 ist der **Bericht über die Rechtsstaatlichkeit** zu einem zentralen Element im Dialog zwischen den Mitgliedstaaten und der Kommission geworden. Er dient als wirksames Präventionsinstrument und Katalysator für Reformen, unter anderem durch Empfehlungen zur Stärkung der Unabhängigkeit der Justiz, der Medienfreiheit, der

Korruptionsbekämpfung und der Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft in allen Mitgliedstaaten.

Nach der Einbeziehung der fortgeschrittensten Beitrittsländer im Jahr 2024 wurde in diesem Jahr in dem Bericht ein besonderer Schwerpunkt auf rechtsstaatliche Aspekte mit **unmittelbaren Auswirkungen auf das Funktionieren des Binnenmarkts** gelegt, wie z. B. eine solide Rechtsetzung, Vorschriften für die Vergabe öffentlicher Aufträge und die Stabilität des Regelungsumfelds. Die Rechtsstaatlichkeit untermauert unsere Bemühungen um Wettbewerbsfähigkeit, denn Unternehmen – und insbesondere KMU – benötigen ein stabiles und berechenbares wirtschaftliches Umfeld.

In dem Bericht wurde der positive Kurs in vielen Mitgliedstaaten bestätigt, da in den letzten Jahren wichtige Reformen durchgeführt wurden. Es wurde darin jedoch auch festgestellt, dass in einigen Mitgliedstaaten nach wie vor Herausforderungen bestehen und dass diese Herausforderungen in einigen wenigen Fällen Anlass zu ernsten Bedenken geben.

Die Achtung der Rechtsstaatlichkeit ist nicht verhandelbar. Im Rahmen des neuen mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) wird die Kommission kontinuierlich die Einhaltung der Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit durch die Mitgliedstaaten sowie die Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung bewerten. Ein besonderer Schwerpunkt wird auf der **Unterstützung der Umsetzung der im Bericht über die Rechtsstaatlichkeit enthaltenen Empfehlungen** liegen. Darüber hinaus wird die **Konditionalitätsverordnung** den Haushalt vor Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit schützen.

Der Motor, der unser Handeln vorantreibt und unsere Grundsätze Wirklichkeit werden lässt, ist der **EU-Haushalt**. Er ist das Instrument, das wir nutzen, **um ein stärkeres, unabhängigeres und wohlhabenderes Europa aufzubauen, und mit dem wir in das investieren, was für die Bürgerinnen und Bürger von Bedeutung ist.**

In den letzten fünf Jahren ist der **EU-Haushalt über sich hinausgewachsen** und hat unerwartete und kritische Herausforderungen von der COVID-19-Pandemie bis zur groß angelegten Invasion der Ukraine durch Russland bewältigt – aber wir müssen auch einräumen, dass er seine Grenzen erreicht hat.

Derzeit nehmen geopolitische Spannungen zu, Handelsregeln werden neu geschrieben, extreme Wetterereignisse treten immer häufiger auf und technologische Veränderungen schreiten schneller voran denn je. **Die EU braucht einen langfristigen Haushalt, mit dem sie rasch auf neue Gegebenheiten reagieren kann und der flexibel genug ist, um ihn an künftige Herausforderungen anzupassen.**

Im Juli und im September legt die Kommission ihren Vorschlag für den nächsten langfristigen EU-Haushalt für den Zeitraum 2028-2034 – den MFR – vor. **Mit fast 2 Billionen EUR ist dies der ambitionierteste Haushalt aller Zeiten.** Er ist flexibler konzipiert und ermöglicht es Europa, rasch zu handeln, wenn sich die Umstände ändern. Er ist **einfacher** gestaltet, indem die Zahl der Investitionsprogramme von 52 auf 16 verringert wurde. Er wurde **gestrafft** und **die Begünstigten können jetzt einfacher davon profitieren.**

Der neue Haushalt wird es uns ermöglichen, durch maßgeschneiderte **nationale und regionale Partnerschaftspläne** zum Nutzen der Europäerinnen und Europäer besser zu investieren. Diese Pläne werden in enger Zusammenarbeit zwischen der Kommission, den Mitgliedstaaten, Regionen und Gemeinschaften vor Ort konzipiert und umgesetzt. **Die Zahlungen werden von der Erfüllung vorab vereinbarter Etappenziele und Zielvorgaben abhängig gemacht.**

Kohäsion und Landwirtschaft werden dabei im Mittelpunkt stehen, wobei mindestens 300 Mrd. EUR zweckgebunden für die Einkommensstützung von Landwirtinnen und Landwirten sowie von Fischerinnen und Fischern, fast 220 Mrd. EUR für Investitionen in weniger entwickelte Regionen und mindestens 14 % der nationalen Mittelzuweisungen für Sozialausgaben bereitgestellt werden.

EIN INTELLIGENTERER, FOKUSSIERTERER UND GRÖßERER EU-HAUSHALT



Größerer Umfang

2 Billionen EUR (1,26 % des BNE der EU), um den Bedürfnissen und Zielen Europas gerecht zu werden



Intelligentere Gestaltung

Ergebnisorientiert, unkomplizierter für die Begünstigten, flexibler



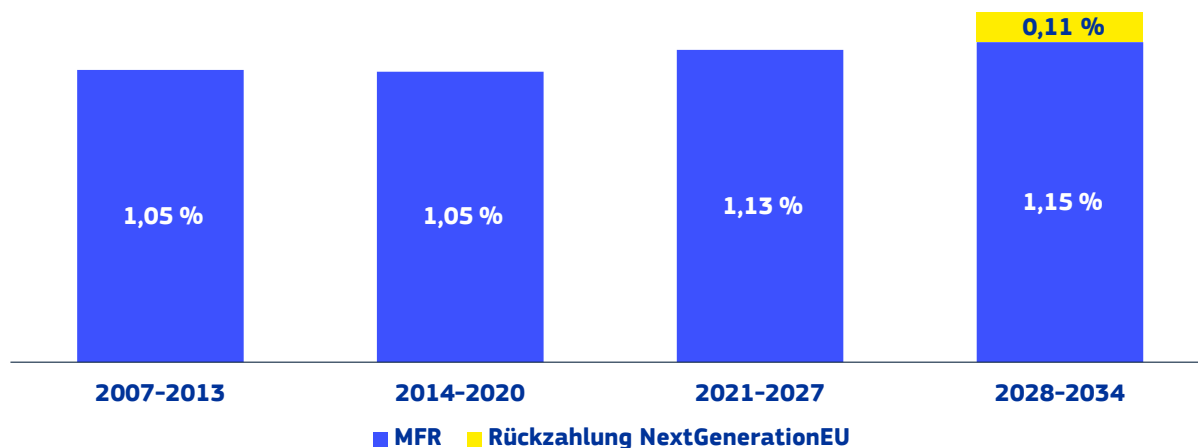
Stärkerer Fokus auf Prioritäten

Schwerpunkt auf den europäischen Prioritäten

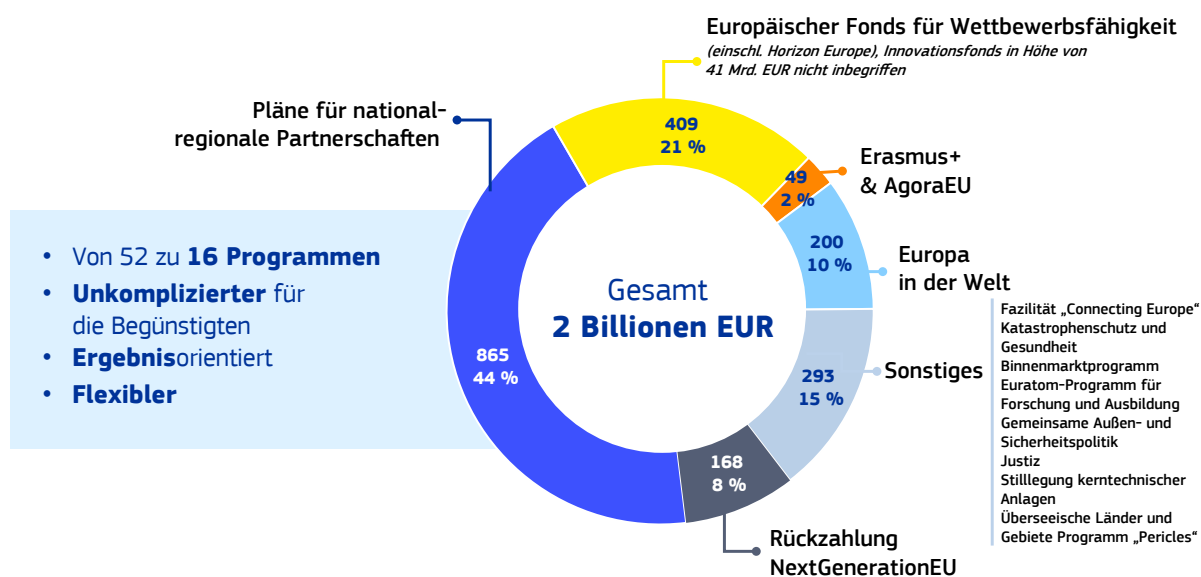
EIN EHRGEIZIGER EU-HAUSHALT FÜR EIN EHRGEIZIGES EUROPA

Prozentsatz des Bruttonationaleinkommens (BNE)
im betreffenden Zeitraum

Entwicklung des MFR



Die Mittel für Verpflichtungen basieren auf den angenommenen mehrjährigen Finanzrahmen (einschließlich des Solidaritätsfonds der Europäischen Union und der Soforthilfereserve). Die Bruttonationaleinkommen basieren auf den ersten technischen Anpassungen des jeweiligen mehrjährigen Finanzrahmens.



Alle Beträge in Mrd. EUR, zu jeweiligen Preisen, angepasst unter Anwendung des Deflators von 2 %

Gleichzeitig werden wir weiterhin in unsere jungen Menschen investieren. **Die Mittelausstattung des Programms Erasmus+ wird um 50 % aufgestockt**, um jungen Menschen dabei zu helfen, in anderen EU-Ländern zu studieren und ehrenamtlich zu arbeiten, um das Gefühl der Verbundenheit und des bürgerschaftlichen Engagements zu stärken und sie zu ermutigen, unseren Kontinent zu entdecken. Das **Programm AgoraEU** wird den Kreativsektor unterstützen, die Medienfreiheit schützen und unsere Grundrechte und gemeinsamen Werte fördern.

Der nächste Block des neuen Haushalts wird **unsere Wettbewerbsfähigkeit stärken**. Der neue, mit 409 Mrd. EUR ausgestattete **Europäische Fonds für Wettbewerbsfähigkeit** wird die Lieferketten sichern, unsere wirtschaftliche Sicherheit erhöhen, Innovationen voranbringen und dafür sorgen, dass Europa im globalen Wettlauf um saubere und intelligente Technologien die Nase vorn hat.

„Flow“ ist ein animierter Film, bei dem der lettische Filmemacher Gints Zilbalodis Regie führte. Er wurde von Lettland, Belgien und Frankreich koproduziert und zeigt, dass grenzüberschreitende Kreativität eine Quelle von Stärke, Inspiration und globaler Anerkennung ist. Sein internationaler Vertrieb wurde durch das Programm Kreatives Europa unterstützt. Der Film erhielt den LUX-Publikumsfilmpreis 2024. Darüber hinaus wurde „Flow“ durch seine Auszeichnung mit dem Golden Globe und dem Oscar und durch seine weltweite Würdigung zu einer der international erfolgreichsten europäischen Kulturproduktionen der letzten Jahre.

Im Rahmen des Fonds für Wettbewerbsfähigkeit werden **131 Mrd. EUR für Verteidigung und Weltraum bereitgestellt – fünfmal so viel wie im derzeitigen MFR**. Wir werden unsere Mitgliedstaaten unterstützen, die sich verpflichtet haben, ihre Verteidigungsausgaben erheblich aufzustocken, und gleichzeitig unsere industrielle Basis sowie unsere Fähigkeiten im Verteidigungsbereich stärken.

Darüber hinaus wird das weltbekannte Programm **Horizon Europe** hochgefahren, um weiterhin in bahnbrechende und Verbundforschung zu investieren. Es wird unsere **„Choose Europe“ Strategie** fördern und Start-up-Unternehmen in Bereichen wie Quantentechnologie, Biotechnologie und saubere Technologien unterstützen.

Unterdessen wird das neue **Binnenmarkt- und Zollprogramm** das Funktionieren des Binnenmarkts, einschließlich seiner externen Dimension, weiter verbessern und Bürgerinnen und Bürger, Verbraucherinnen und Verbraucher sowie Unternehmen in die Lage versetzen, die Vorteile des Binnenmarkts voll auszuschöpfen.



© Nationales Filmzentrum Lettlands 2025

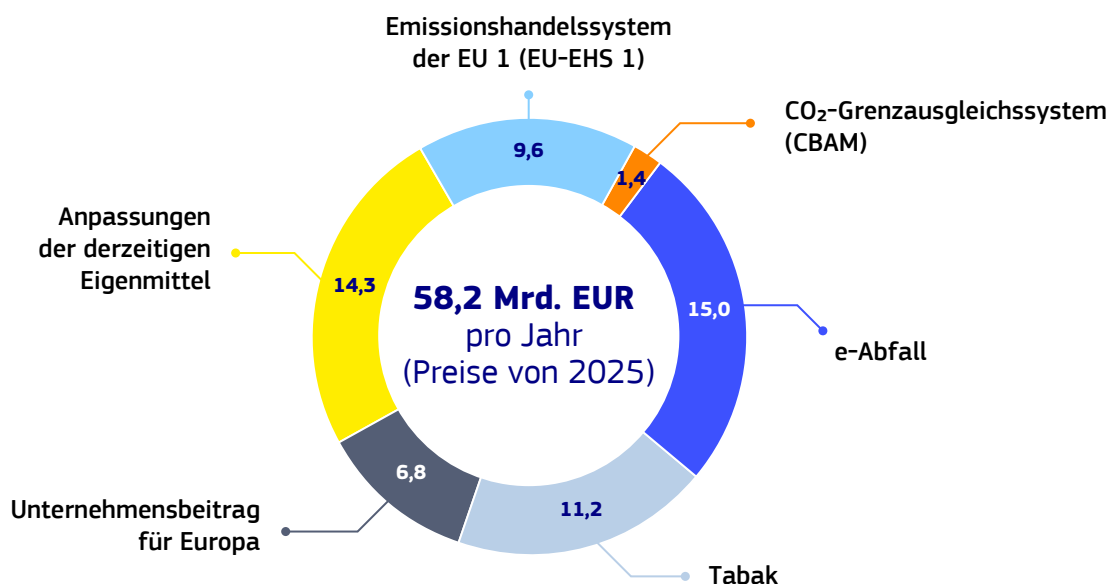
Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass Krisen jetzt die Norm sind. Wenn sie eintreten, müssen wir bereit sein, rasch und wirksam zu handeln. Zu diesem Zweck wird der neue Haushalt unsere **Union der Krisenvorsorge** durch ein neues **Katastrophenschutzverfahren der Union** stärken, das EU-Maßnahmen zum Katastrophenschutz und zur Krisenvorsorge im Gesundheitsbereich kombiniert. Darüber hinaus wird ein Krisenmechanismus den Mitgliedstaaten **400 Mrd. EUR in Form von Darlehen** für unausweichliche Notfälle zur Verfügung stellen.

Der neue MFR wird die weltweite Führungsrolle Europas festigen. In einer zunehmend rauen, von Wettbewerb geprägten Welt muss sich Europa weiterhin dafür einsetzen, **seine Interessen zu wahren und eine regelbasierte internationale Ordnung aufrechtzuerhalten**. Mit dem **Instrument „Europa in der Welt“**, das mit 200 Mrd. EUR ausgestattet ist, werden wir Global Gateway beim Aufbau stärkerer strategischer Partnerschaften stärken und die Kandidatenländer auf ihrem Weg in die Union begleiten und unterstützen.

Darüber hinaus stellen wir **100 Mrd. EUR für die Ukraine** bereit, um ihren Wiederaufbau und ihren Weg zur EU-Mitgliedschaft zu fördern. Gleichzeitig stärkt der Haushalt unsere Rolle als **wichtiger Geber von Entwicklungshilfe und humanitärer Hilfe**.

Um diese Maßnahmen zu unterstützen und die Unabhängigkeit Europas zu gewährleisten, brauchen wir angemessene Finanzierungsquellen. Es gibt nur zwei Möglichkeiten, den EU-Haushalt zu finanzieren: nationale Beiträge oder Eigenmittel. Wir wollen die nationalen Beiträge stabil halten und müssen auch unsere im Rahmen von NextGenerationEU gemeinsam aufgenommenen Mittel zurückzahlen. Vor diesem Hintergrund haben wir **fünf neue Eigenmittel** sowie einige Änderungen der bereits bestehenden Eigenmittel vorgeschlagen. Insgesamt können darüber **jährlich bis zu 58,5 Mrd. EUR generiert** werden.

NEUE EIGENMITTEL



Gebühren im Rahmen des Europäischen Reiseinformations- und -genehmigungssystems (ETIAS) bringen zusätzliche 0,3 Mrd. EUR ein.

Alle Beträge in Mrd. EUR



Die Bürgerinnen und Bürger stehen im Mittelpunkt unserer Demokratien. Aus diesem Grund hat die Kommission Initiativen ergriffen, um die Bürgerinnen und Bürger stärker in die Politikgestaltung der EU einzubeziehen, insbesondere durch **europäische Bürgerforen**. Im Frühjahr kamen im sechsten dieser Bürgerforen 150 nach dem Zufallsprinzip ausgewählte Personen aus allen Mitgliedstaaten zusammen, um über die Zukunft des EU-Haushalts sowie darüber zu diskutieren, wie die Mittel verwendet werden und in welche Maßnahmen sie fließen sollten. Die Teilnehmenden legten **23 Empfehlungen** vor, auf die sich die Kommission bei der Ausarbeitung des neuen MFR-Vorschlags stützte.

Die Mitglieder des Kollegiums haben **26 jugendpolitische Dialoge** veranstaltet, bei denen Menschen zwischen 16 und 30 Jahren über ihre Interessen und Prioritäten im Zusammenhang mit der EU debattierten.

Durch unser Handeln schützen und fördern wir weiterhin Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und stärken die Handlungskompetenz der Bürgerinnen und Bürger.





© Europäische Union, 2025

Die Weiterverwendungspolitik der Kommission unterliegt dem Beschluss 2011/833/EU der Kommission vom 12. Dezember 2011 über die Weiterverwendung von Kommissionsdokumenten (ABl. L 330 vom 14.12.2011, S. 39, ELI: <http://data.europa.eu/eli/dec/2011/833/oj>).

Sofern nichts anderes angegeben ist, wird dieses Dokument zu den Bedingungen der Lizenz Creative Commons 4.0 International (CC BY 4.0) (<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>) zur Verfügung gestellt. Dies bedeutet, dass die Weiterverwendung zulässig ist, sofern die Quelle ordnungsgemäß genannt wird und etwaige Änderungen angegeben werden.

Für jede Verwendung oder Wiedergabe von Elementen, die nicht Eigentum der Europäischen Union sind, muss gegebenenfalls direkt bei den jeweiligen Rechteinhabern eine Genehmigung eingeholt werden.

BILDNACHWEISE

Alle Abbildungen: © Europäische Union, sofern nicht anders angegeben.